

Dare to Design for Disaster: Kooperatives Wirtschaften als Schlüsselprinzip resilienter Stadtentwicklung

**Beispiele aus Frankreich,
Lehren für Deutschland?**

AutorInnen

Cléo Mieulet
Paul Jerchel

Potsdam
Mai 2026

RIFS Discussion Paper

Zusammenfassung

Mit einer wachsenden Polykrise aus sich verschärfenden Klimafolgen, globalen und ökonomischen Verwerfungen sowie autoritären Griffen nach Macht könnte das notwendige Momentum zur Transformation und Anpassung in einem neuen, gemeinsamen Verständnis von Demokratie und Wirtschaft liegen – und im bewusst gestalteten Zusammenspiel von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren – getragen von der Einsicht, dass Suffizienz und Postwachstum nicht Verzicht bedeuten, sondern die Voraussetzung für eine wirtschaftsweise sind, die soziale Grundversorgung und ökologische Grenzen gleichermaßen ernst nimmt. Die Dringlichkeit dabei ist groß: Infrastrukturen der Resilienz – der Nahversorgung, der Kreislaufwirtschaft, der sozialen Grundversorgung und der Klimaanpassung – müssen angesichts sich beschleunigender Krisen nicht nur entstehen, sondern in die Fläche getragen und in dauerhaften rechtlichen und administrativen Grundlagen verankert werden.

Kooperatives Wirtschaften und Netzwerken können beim Aufbau und der Verankerung dieser Infrastrukturen entscheidende Elemente sein – weil sie Bedarfe, Kapazitäten und Entscheidungskompetenzen dort bündeln, wo Infrastruktur tatsächlich gebraucht wird: im Quartier, in der Stadt, in der Region. Anhand anschaulicher Beispiele aus Frankreich und ausgesuchter Ansätze in Deutschland arbeiten die Autor:innen wiederkehrende Faktoren kooperativen Wirtschaftens und kooperativer Multistakeholder-Arrangements heraus, die effektiv zu resilienter Stadtentwicklung beitragen – und sie fragen, welche institutionellen Rahmenbedingungen Erfolge möglich machen und in die Fläche tragen. Sie schließen mit passenden Empfehlungen für den deutschsprachigen Raum.

Summary

Amidst a growing polycrisis—characterized by intensifying climate breakdown, global and economic upheavals, as well as authoritarian power grabs—the necessary momentum for transformation and adaptation may well lie in a new, shared understanding of democracy and the economy. It may also reside in the consciously designed interplay between public and civil society actors—underpinned by the realization that sufficiency and post-growth do not signify renunciation but rather constitute the prerequisite for an economic model that equally meets both social sufficiency and planetary boundaries. The urgency of this task is immense: in the face of accelerating crises, infrastructures of resilience—encompassing local supply networks, the circular economy, universal basic services, and climate adaptation—must not merely emerge; they must be scaled up across the territory and firmly anchored within enduring legal and administrative frameworks.

Cooperative economies and networking can serve as pivotal elements in the foundation and scaling of these infrastructures—precisely because they aggregate needs, capacities, and decision-making authority at the very places where infrastructure is genuinely required: within local neighborhoods, cities, and regions. Drawing upon illustrative examples from France and selected approaches in Germany, the authors identify recurring factors within cooperative economic models and multi-stakeholder arrangements that contribute effectively to resilient urban development; furthermore, they investigate which institutional frameworks enable such successes and facilitate their widespread dissemination. They conclude with pertinent recommendations tailored to the German-speaking region.

Inhaltsverzeichnis

1 RELEVANZ	5
2 DEFINITION	7
3 RAHMENBEDINGUNGEN BEIDER LÄNDER	8
3.1 Historie in Deutschland	8
3.2 Situation in Frankreich	9
4 BEISPIELE AUS FRANKREICH	11
4.1 Institutionalisierte Instrumente der Resilienzförderung	11
4.2 Klimaschutz und Stadtnatur: Paris' Transformation	12
4.3 Ernährung	13
4.4 Arbeit	14
4.5 Recycling und Wiederverwendung	14
4.6 Kooperative Stadtentwicklung	16
5 ANSÄTZE IN DEUTSCHLAND	17
6 FAZIT	20
7 EMPFEHLUNGEN	21
8 SCHLUSSWORT	25
InterviewpartnerInnen	26
Literatur	27
AutorInnen	33

Abbildungen

Abbildung 1 Wirtschaften innerhalb der "Grenzen, an die wir stoßen" (Levermann 2023): Kooperatives Wirtschaftens als Kern regenerativer Ökonomie	8
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---

Tabellen

Tabelle 1 InterviewpartnerInnen und jeweilige Institutionen	26
-------------------------------------------------------------	----

1 Relevanz

„Es ist sehr schwer, nach Feierabend ehrenamtlich die Welt zu retten, wenn andere sie hauptberuflich zerstören“ – mit diesen Worten fasste der Arzt und Wissenschaftskommunikator Eckart von Hirschhausen 2022 seine Einsicht zusammen, dass auch Millionen Aktive während der Klimaproteste ab 2018 das fundamentale Ungleichgewicht gesellschaftlicher Beharrungskräfte und der ökosozialen Bewegungen nicht beheben konnten. Von Hirschhausen schlussfolgerte, dass entsprechendes Engagement fortan „Profis, Netzwerke[n], Spenden und Zeit“ bedürfe, während vor allem jüngere Klimabewegte mit Kampagnen wie „Wir fahren zusammen“ zum Bündnisschluss mit Gewerkschaften und Beschäftigten von ÖPNV und Transformationsbranchen aufriefen (s.a. Liebig & Lucht 2022). Sich zuspitzende Krisen an den europäischen Außengrenzen und fundamentale finanzielle Verwerfungen im Kern der Industrien der EU-Mitgliedsstaaten veranlassten Beschäftigte eines italienischen Automobilzulieferers zur Wiederentdeckung historischer Konversionsinitiativen wie dem alternativ-ökologischen Lucas-Plan – ein Ansatz, der auch Beschäftigten in Deutschland zum Vorbild diente. Es ist genau das, wofür der den Globalen Süden analysierende Oliver Pye bereits 2017 als „*labour turn* der Umweltbewegung“ plädierte.

Ende 2018 entstand in Frankreich im Umfeld der Gelbwesten-Proteste der Slogan „*Fin du mois, fin du monde, même combat*“ (Ende des Monats, Ende der Welt, gleicher Kampf; vgl. Novethic 2018) und verdichtete eine Auseinandersetzung, in der die ökologische Frage als ökonomische Konfliktlage sichtbar wurde: Nicht nur die Klimakrise, sondern auch das „Monatsende“ erschien nun als politisch produzierte Folge eines Verteilungsregimes, das die Kosten des ökologischen Umbaus regressiv auf einkommensschwächere und pendelabhängige Haushalte abwälzt. In diesem Sinne bezeichnet *fin du mois* nicht bloß individuelle Kaufkraftprobleme, sondern einen strukturellen Konflikt um Preise, Steuern, Mobilität und die sozial ungleiche Organisation von Transformation. Die diskursiven Ursprünge der Lösung liegen in der vielzitierten Gegenüberstellung von „Monatsende“ und „Ende der Welt“ durch den kurz zuvor zurückgetretenen Umweltminister Nicolas Hulots, ihre politische Wirksamkeit entfaltete sie jedoch erst in ihrer Aneignung durch Protestakteure und eigentlich ebenso am Fortbestehen interessierte „*Grünwesten*“ (Durand & Keucheyan 2026).

Gerade *même combat* macht den Slogan analytisch und politisch anschlussfähig: Es fungiert nicht als bloßer Appell zur Versöhnung zweier getrennter Anliegen, sondern als Deutungsrahmen für die Konvergenz sozialer und ökologischer Kämpfe. Die Formel weist damit über eine additive Verbindung von Sozial- und Klimapolitik hinaus und rahmt beide als Ausdruck desselben Krisen- und Herrschaftszusammenhangs. Ihre Pointe liegt folglich in der Kritik eines Transformationspfades, der ökologische Ziele verfolgt, ohne die Klassen-, Macht- und Verteilungsverhältnisse seiner Umsetzung zu problematisieren, und zugleich in dem Versuch, daraus ein gemeinsames Projekt sozial-ökologischer Gerechtigkeit zu formulieren (s.a. Gaborit et al. 2024).

„Die vom *labour turn* aufgeworfenen Fragen sind nie final beantwortet worden.“

Mindestens so groß wie die Herausforderung, inmitten sozialer Verunsicherung die sozial-ökologische Transformation mit der „aktiven Beteiligung der Lohnabhängigen“ anzustreben, stellen sich jedoch inzwischen auch hierzulande die drohenden Folgen eines kollabierenden Klimasystems dar: Schleichend hat die Einsicht in ein wohl verlorenes 1,5-Grad-Ziel ihren Weg ins öffentliche Bewusstsein gefunden; zentrale Wissenschaftsorganisationen verkündeten die mögliche Erreichung der 3-Grad-Grenze bis 2050 (Böttcher et al. 2025), und Debatten um einen möglichen Kollaps des Nordatlantikstroms werfen zusätzliche Unklarheit über die Bestimmtheit künftiger Umweltbedingungen auf. Gleichzeitig erleben die Bevölkerungen Deutschlands und Frankreichs Extremwetterereignisse. Die Diskussion darüber stellt Konflikte um Zugang und Verfügbarkeit des Nötigsten offen zur Schau – etwa den Zugang zu Wasser, wie die Auseinandersetzungen um die Bassines de Sainte-Soline 2022 zeigten. Begleitet wird dies von einer politischen Krisenkommunikation, die vielfach Platz für Spekulationen um die Notwendigkeit individueller Vorbereitungen lässt, anstatt kollektive Antworten in den Vordergrund zu stellen. Die fortwährende „Verdrängung“ dieser Tatsachen sei maßgeblich mit dem Erodieren gesellschaftlicher Gepflogenheiten verbunden, wo Kulturtechniken zur „Ermächtigung durch Akzeptanz“ und „wiedergefundene realistische Hoffnung“ fehlten (Müller 2024).

Dabei sind die vom *labour turn* ursprünglich aufgeworfenen Fragen nie final beantwortet worden - ein Risiko, das nicht nur Beschäftigte, sondern auch Banken, Versicherungen und Volkswirtschaften betrifft. Die Politikwissenschaftlerin Nancy Fraser hat diese Konstellation als Merkmal eines ‚kannibalischen‘ Kapitalismus beschrieben, der die sozialen, ökologischen und demokratischen Grundlagen seiner eigenen Reproduktion systematisch unterhöhlt (Fraser 2023) Welche „Naturverhältnisse“ (Pye 2017) ermöglichen uns die konfliktarme Gestaltung und Kultivierung unserer Regionen und Lebenswelten, in denen wir auch künftig noch „Bleibefreiheit“ (von Redecker 2023) genießen können? Wie kann die „Wiederaneignung von Arbeit“ als Mittler fungieren, um als Schnittstelle von Bedürfnisbefriedigung und Entscheidungsfindung dienen zu können? Welche Rolle nimmt die „transformative Kraft der Städte“ (WBGU 2016) in diesen Fragen einer *“earth for all”* (Club of Rome 2022) ein? Schon jetzt existieren auch in europäischen Großstädten erstaunliche Beispiele, die die Größe bevorstehender Verwerfungen mit ähnlich ambitionierten Zielsetzungen zu begegnen versuchen: Die umfassenden Veränderungen französischer Großstädte gen fossilärmerer Mobilität und Extremwetter regulierender Begrünung sind - egal, ob nun medial kontrovers, reflektiert einordnend oder gar wohlwollend diskutiert - auch im deutschsprachigen Raum wahrgenommen worden. Dass die kooperative Ökonomie auch in diesem Fall sowie bei der Transformation der französischen Industrie eine relevante Größe darstellte, ist dagegen ein dringend zu beleuchtendes Phänomen.

Erfahrungsberichte aus jüngsten Schadensgebieten - etwa dem Ahrtal 2021 (Petermann 2021) und dem Stromausfall in Berlin (dpa 2026) und Untersuchungen weltweit dokumentieren die Resilienz kooperativen Wirtschaftens und Praktiken gegenseitiger Hilfe in akuten Krisen und Katastrophengebieten (vgl. Barton 1970, Vale & Campanella 2005, Solnit 2009, Nembhard 2014, Remes 2016). Dabei zeigt sich regelmäßig, dass bestehende Strukturen gegenseitiger Versorgung und demokratischer Selbstorganisation – Genossenschaften, Nachbarschaftsinitiativen, solidarökonomische Netzwerke – in Krisenmomenten nicht erst aufgebaut werden müssen, sondern unmittelbar aktivierbar sind: Sie verfügen über Vertrauen, Logistik und Entscheidungsrouninen, die staatliche Hilfssysteme in den ersten Stunden und Tagen kaum ersetzen können. Dabei kann ein gezielter Kapazitätsaufbau des Sektors dazu beitragen, dessen Fähigkeit zur Selbsthilfe und -versorgung zu erhöhen, bevor etwaige Verschiebungen politischer Mehrheiten dies immer weiter erschweren bzw. verunmöglichen könnten.

„Es zeigt sich regelmäßig, dass Strukturen kooperativen Wirtschaftens in Krisenmomenten unmittelbar aktivierbar sind.“

Damit diese Potentiale nicht im Einzelprojekt verbleiben, kommt es auf zwei Skalierungsdimensionen an: das *scale out* (vgl. Colombo et al. 2023) – die Ausbreitung bewährter Modelle in die Fläche, in neue Territorien und Nachbarschaften – und das *scale up* – ihre Überführung in neue rechtliche, administrative und finanzielle Grundlagen, die sie dauerhaft absichern. Die im Folgenden beschriebenen Beispiele aus Frankreich zeigen, dass genau dies möglich ist: nicht durch Zufall, sondern weil institutionelle Arrangements – Rechtsformen, Förderinstrumente, Experimentierrahmen und Kooperationsstrukturen – geschaffen wurden, die Skalierung erst ermöglichen. Die Frage für Deutschland ist damit nicht, ob es solche Ansätze gibt, sondern ob die Bedingungen für ihre Skalierung geschaffen werden. Dass Skalierbarkeit eine zentrale ungelöste Herausforderung resilienter Stadtentwicklung darstellt, haben Schmid, Schulz & Weck bereits 2020 als offene Frage der Raumwissenschaften benannt (Schmid, Schulz & Weck. 2020).

Wie gelang es also der Sozialen und Solidarischen Ökonomie Frankreichs, binnen kürzester Zeit sichtbare Veränderungen im öffentlichen Raum zu erzeugen? Welche öffentlichen und administrativen Maßnahmen unterstützen diesen Kapazitätsaufwuchs? Welche Formen und Muster anderen, kooperativen Wirtschaftens sind es, die zu einer humanen Zukunft auf diesem Planeten beitragen?

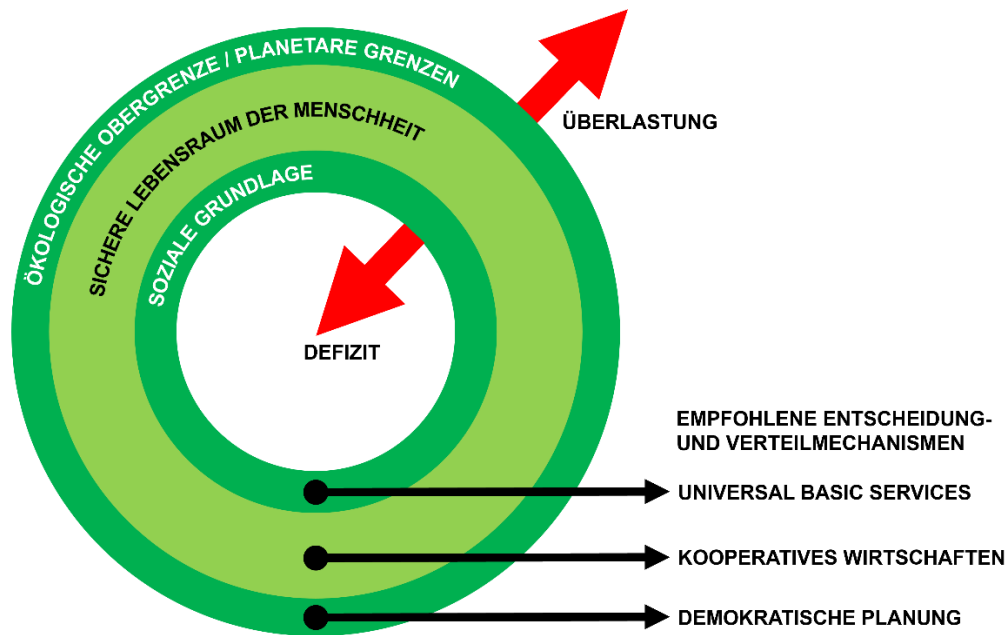
2 Definition

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) der Vereinten Nationen definiert die international vielfach als Soziale und Solidarische Ökonomie (SSE) bezeichnete Sphäre des Kooperativen Wirtschaftens als „Unternehmen, Organisationen und sonstige Einheiten [...], die wirtschaftliche, soziale und ökologische Tätigkeiten im kollektiven und/oder allgemeinen Interesse ausüben und auf den Grundsätzen von freiwilliger Zusammenarbeit und gegenseitiger Hilfe, demokratischer und/oder partizipativer Führung und von Autonomie und Unabhängigkeit sowie auf dem Vorrang des Menschen und des sozialen Zwecks [...] bei der Verteilung und Verwendung von Überschüssen und [...] Vermögenswerten beruhen“ . (ILO 2022). Ihre sozial-ökologische Nachhaltigkeit sei dabei ebenso Interesse solidarökonomischer Akteure wie die Sicherung von Existenzgrundlagen und die Formalisierung ihrer wirtschaftlichen Aktivität.

Genossenschaften (Kooperativen) als ein auch aus Deutschland stammender Kern – aber nicht die einzige Ausprägung – der SSE gehören seit 2016 zum immateriellen UNESCO-Weltkulturerbe und werden gemeinhin unter der Losung „ein Mitglied, eine Stimme“ subsumiert. Die sieben Eigenschaften umfassende „Erklärung genossenschaftlicher Identität“ (ICA 2016) heben daneben insbesondere auch das Gebot zur Kooperation unter Genossenschaften hervor, das Konkurrenz als eingeübten *modus operandi* marktwirtschaftlicher Akteure ablöst und damit neue Voraussetzungen für transformatives Handeln eröffnet. Damit sei kooperatives Wirtschaften anknüpfend an das Verständnis der SSE als „besondere Wirtschaftsweise zu beschreiben, die auf bestimmten [demokratischen] Organisationsprinzipien basiert und per se auf Gesellschaftsgestaltung ausgerichtet ist“ (Blome-Drees et al. 2024, S. 257). Dabei zeigen internationale Beispiele, dass kooperatives Wirtschaften trotz seiner Wahrnehmung als zweckdienliche Ausnahme, zweiter Arbeitsmarkt oder ein einen „Dritten Sektor“ aufspannendes „zivilgesellschaftliches Wirtschaften“ (Degens & Lapschies 2021) wesentliche volkswirtschaftliche Teile umfassen kann: Obwohl relevante Statistiken lückenhaft sind, stellen SSE-Akteure auf allen bewohnten Kontinenten einen relevanten Wirtschaftsfaktor dar (ILO 2022, OECD 2024). Mindestens zwölf Prozent der Weltbevölkerung sind Mitglied mindestens einer der drei Millionen Genossenschaften des Planeten; zehn Prozent der Beschäftigten weltweit sind Angestellte einer Genossenschaft (EURICSE & ICA 2025).

Während manche Ökonom:innen die Trennung von Wirtschaft und staatlicher Entscheidungsfindung grundsätzlich als künstlich herbeigeführt betrachten, liegt der Vorteil kooperativen Wirtschaftens aus Sicht der Nachhaltigkeitsforschung vor allem auf einer anderen Ebene: dem systemischen Zusammenspiel. Denn auch wenn inzwischen genügend Beispiele für eine parallele Beantwortung ökologischer und sozialer Fragestellungen bestehen, lässt sich – etwa bei der Abwägung von Gestehungskosten und Gewinnmargen fossiler Energieträger oder notwendigen Umrüstprozessen der Industrie – der Konflikt zwischen dem „stummen Zwang“ von Gewinnerwartung und Kapitalmehrung gegenüber erfolgreicher Dekarbonisierung nicht verleugnen. Kooperatives Wirtschaften löst diesen Konflikt in gewisser Hinsicht auf, indem es die Maxime andauernden Wachstums ‚agnostifiziert‘ (nach Göpel), die andauernde Konkurrenz zwischen Marktakteuren optional macht und die Abwägung externer Faktoren sowie die Beschäftigung eigener Angestellter in einen gemeinsamen Kontext bettet. Hieraus erwächst Kooperatives Wirtschaften als produktive Handlungsebene, in der lokale Abstimmungsmechanismen, planetare Grenzen, Löhne und Investitionen gleichermaßen und gemeinsam berücksichtigt werden können, ohne eine Trennung mit eigenen, gegenläufigen Handlungslogiken vorzunehmen. Damit kann Kooperativem Wirtschaften eine Mittlerrolle nachhaltiger Entwicklung zukommen, die Handlungsfähigkeit durch Harmonisierung schafft und dabei freiheitlich-demokratische Verfasstheit erhält und vertieft.

ABBILDUNG 1 WIRTSCHAFTEN INNERHALB DER "GRENZEN, AN DIE WIR STOßEN"
(LEVERMANN 2023): KOOPERATIVES WIRTSCHAFTENS ALS KERN REGENERATIVER
ÖKONOMIE



Quellennachweis: Eigene Darstellung; Donut-Modell nach Raworth 2012, Sonstiges Fraser 2023 und Kasper & Euteneuer 2025.

Jüngere Studien wiesen klimafreundlichere Entscheidungen für Unternehmen mit hohem Mitbestimmungsgrad nach (Scholz 2023). Zudem trügen sie zur Deradikalisierung und seltener vertretenen extremistischen Neigungen der Beschäftigten bei (Kiess et al. 2023). Ihre hohe Krisenfestigkeit durch risikoärmere Investitions- und Finanzierungswege ist unbestritten (Götz 2021). Mitbestimmungsstarke und kooperative Unternehmen sorgen damit für eine funktionale Bündelung von Bedarfs- und Fähigkeitsprofilen, mit unmittelbarem Feedback verschiedenster Stakeholder, die in laufende Prozesse und Entscheidungen einfließen kann. Im urbanen Kontext sind solche Ansätze unverzichtbar – etwa dort, wo eine Vielzahl individueller Interessen zusammengeführt oder verfügbare Ressourcen und Lösungsparameter gegeneinander abgewogen werden müssen. Angesichts komplexer Konfliktlagen zur "Zukunft der Innenstädte" (vgl. etwa Maikämpfer & Klemme 2025), dem großstädtischen Wohnen und der steigenden Relevanz von Fragen der Klimafolgenanpassung gilt es daher, die stilprägenden Eigenheiten kooperativer Unternehmensformen und ihres Wirtschaftens genauer zu betrachten.

3 Rahmenbedingungen beider Länder

3.1 Historie in Deutschland

Das heutige Genossenschaftswesen entstand Mitte des 19. Jahrhunderts mit starkem Lokalbezug und durch den Zusammenschluss Gleichrangiger auf Basis geteilter Interessen und gegenseitiger Hilfe. Zuvor hatten zahlreiche indigene und mittelalterliche Praktiken des Gemeinschaftens (*Commoning*) und der Bewirtschaftung kollektiver Güter die Grundlage gelegt. Neben anglophonen Pionieren um den sozialliberalen Robert Owens und die *Rochdale Pioneers* war es in den deutschen Staaten insbesondere die durch Friedrich Wilhelm Raiffeisen, Hermann Schulze-Delitzsch und andere erfolgte, politische Lager weit übergreifende, parallele Schöpfung der heutigen Konsum- und Produktivgenossenschaften, die das immaterielle UNESCO-Welterbe des deutschen Genossenschaftswesens markieren. Mitunter der vehementen Kritik einer marxistischen Linken ausgesetzt, wirkte die

Genossenschaftsbewegung damit bis weit ins 20. Jahrhundert als wirtschaftliches Projekt der Selbsthilfe christsozialer, liberaler und sozialdemokratischer Kräfte gleichermaßen.

„Eine spezifisch deutsche Skepsis gegenüber demokratischem Wirtschaften besteht bis heute fort.“

Dabei ist die Zahl der Genossenschaften nach ihrem starken Anstieg während der Weimarer Republik stark abgefallen und trotz eines Anstiegs in der jüngsten Vergangenheit weiter auf international niedrigerem Niveau verharrend (Henke 2025). Expert:innen schreiben dies neben ihrer initialen Zerschlagung und ‚Gleichschaltung‘ im Nationalsozialismus einer Reihe von Gründen zu (vgl. Birkhölzer und Lautermann nach Mieulet 2026): So habe der Nachkriegswohlstand und Wohlfahrtsstaat der westdeutschen Bundesrepublik trotz formal fortbestehenden Wohnungsgenossenschaften, ausgeprägter Sozialdemokratie und gleichen Wurzeln in sozialen Kämpfen wenig Überzeugung für eine erneute Hinwendung zum Genossenschaftswesen beigetragen; während nach der Wiedervereinigung Desillusionierung, autoritäre Erfahrungen und die eingeleitete Kommodifizierung des ‚Volkseigentums‘ unter den Bürger:innen der ehemaligen DDR einen weiteren Bruch mit kooperativen Traditionen erzeugten, die vielfach „bis heute als Skepsis gegenüber kollektivem, demokratischem Wirtschaften“ (ebenda) fortbesteht.

So hat auch die zuletzt stark öffentlich rezipierte *Social-Entrepreneurship*-Bewegung trotz einzelner Strömungen bisher wenig an die historischen Wurzeln der „Sozialwirtschaft“ abseits sozialstaatlicher Errungenschaften und Wohlfahrtspflege angeknüpft. Dass deren Ausstattung und Leistungsfähigkeit nun zum einen als unzureichend und andererseits als - im dominierenden marktwirtschaftlichen Sinne - nicht finanzierbar gewertet wird (s.a. Busemeyer et al. 2025), macht eine Betrachtung solidarwirtschaftlicher Sicherungsmechanismen und die Erschließung sozialer Innovationen besonders relevant.

3.2 Situation in Frankreich

Mit dem "Gesetz zur Sozialen und Solidarischen Ökonomie" (*Loi relative à l'économie sociale et solidaire*) von 2014 – gemeinhin als *Loi Hamon* bekannt – schuf Frankreich als eines der ersten Länder weltweit einen umfassenden gesetzlichen Rahmen für die Soziale und Solidarische Ökonomie. Das Gesetz definiert die SSE als "eigenständige Unternehmensweise" (*mode d'entreprendre*) und fasst unter ihr traditionelle Akteure wie Genossenschaften, "Gegenseitigkeitsgesellschaften" (*mutuelles*), Vereine und Stiftungen zusammen, öffnet den Begriff aber auch für Unternehmen jeder Rechtsform, sofern sie drei Grundprinzipien erfüllen: einen Zweck jenseits der reinen Gewinnerzielung, eine demokratische Governance sowie die mehrheitliche Reinvestition von Überschüssen ins Unternehmen. Zugleich schafft das Gesetz institutionelle Strukturen zur Förderung der SSE in den Territorien – darunter die "regionalen Kammern der SSE" (*chambres régionales de l'ESS*), der Zugang zu Finanzierungsinstrumenten der "öffentlichen Investitionsbank" (*Banque publique d'investissement*) sowie die "territorialen Pole wirtschaftlicher Kooperation" (*Pôles Territoriaux de Coopération Économique*), die lokale Cluster solidarwirtschaftlicher Akteure fördern. Bemerkenswert ist seine internationale Strahlkraft: Definitionen und Rahmenbedingungen von ILO, OECD und der Europäischen Kommission orientieren sich wesentlich am französischen Vorbild (Loi Hamon 2014). Mit ihr einher ging die spezifische Kategorisierung der Stakeholder und Anstrengungen zu deren Monitoring. 2024 arbeiteten 10,4 Prozent der französischen Beschäftigten in der Solidarischen und Sozialen Ökonomie (Platz 2 im OECD-Vergleich; OECD 2024) und nahmen dabei teils Schlüsselrollen der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen sowie eine „Pionierrolle in der Kreislaufwirtschaft“ ein. Zwei Drittel des französischen Recycling-, Refurbishment- und Reusesektors werden durch SSE-Unternehmungen abgedeckt (Baaklini, N. & Millard, E. 2025), was wesentlich zu ihrer europäischen Marktausdehnung beigetragen hat.

Gerade in den wissensintensiven Industriezweigen und Zukunftsbranchen Frankreichs verfügten belegschaftsgeführte Unternehmen über signifikant höhere Produktivität als herkömmliche Firmen (Young-Hyman et al. 2022 nach Dow 2024). Eine Auswertung des nationalen Ministeriums für Wirtschaft und Finanzen wies den französischen SSE-Unternehmen niedrige Risikoprofile und geringe Insolvenzquoten nach - ein Phänomen, das sich auch in anderen Ländern beobachten lässt. Dabei sorgten die gegenüber gewinnmaximierenden Unternehmen unterdurchschnittlichen Margen und die, oft durch den lokalen Wirkungsradius bedingte, niedrige Kapitalausstattung für die Identifikation besonderer

Fördermechanismen, die eine Vervielfachung der Fördersummen durch öffentliche Finanzprodukte und staatliche Sparkonten bedeuten (ebenda). Neben der wesentlich vom Leitbild einer „*mission-driven economy*“ (Mazzucato 2021) geprägten Subventionierung relevanter Standorte und Branchen erfolgt deren Aufbau auch durch die Gewährung entsprechender Anreize wie steuerlicher Erleichterungen sowie die Einbettung in Vergabe- und Entwicklungsvorhaben. Den rechtlichen Rahmen dafür hat in Frankreich bereits die loi Hamon von 2014 gelegt: Sie definiert die SSE als eigenständige Wirtschaftsweise, schafft Anerkennungsmechanismen für gemeinwohlorientierte Unternehmen und verpflichtet öffentliche Auftraggeber, diese bei der Vergabe strukturell zu berücksichtigen. Ergänzt wird dieser Rahmen durch das „Experimentiergesetz“ (*Loi d'expérimentation*), das – anders als die Temporalität der Reallabore in Deutschland – das Experimentieren als Option administrativen Handelns rahmt und Abweichungen, Ausnahmen oder neue Arrangements als skalierungsfähige Verwaltungspraxis ermöglichen kann.

„Frankreich verbindet kooperatives Wirtschaften mit Daseinsvorsorge und Kreislaufwirtschaft - und Produktivitätsgewinnen in Zukunftsbranchen.“

Die wieder erwachende Aufmerksamkeit für die auch in Frankreich bereits in historischen Wurzeln begründete Solidarökonomie geht mit der engen Verknüpfung benachbarter Strömungen sozialökologischer Transformationsbemühungen einher: So umfassten jüngste Pläne zur Modernisierung und Dekarbonisierung der französischen Industrie neben zuletzt international verfolgten Sparten wie der Wasserstoffproduktion, Wärmeversorgung und Datenverarbeitung auch umfangreiche Investitionen in den Aufbau strategisch günstiger Branchen zur Wiederverwertung von Rohstoffen und dem Aufbau von passenden materiellen wie digitalen Plattformen und somit der Reduktion benötigter Primärrohstoffe. Die Gesetzespakete und Maßnahmenbündel der sogenannten „ökologische Planung“ (*planification écologique*) und ihren Potentialen zur Beschleunigung der Transformation führte so zur politisch lagerübergreifenden, lebhaften und fruchtbaren Debatte um entsprechende Ansätze (Ministères Transition Écologique 2023, Viennot 2025, Durand & Keucheyan 2026). Diese „ökologische Planung“ schuf damit nicht nur Investitionsrahmen, sondern auch ein politisches Klima, in dem SSE-Akteure als strategische Partner des industriellen Wandels sichtbar und förderungswürdig wurden – eine Konstellation, die in Deutschland bislang keine Entsprechung findet.

Insbesondere in Paris kann auch eine entscheidende, wenn auch ambivalente Wechselwirkung mit dem Neuen Munizipalismus beobachtet werden, dessen gegenseitig verstärkende Effekte kaum bei einzelner Verfolgung der Ansätze möglich gewesen wären. Paradigmatisch dafür steht das seit 2014 institutionalisierte „partizipative Budget“ (*Budget Participatif*, Ville de Paris 2025) der Stadt Paris: Ein Viertel der städtischen Investitionen wird gemeinsam mit den Pariser Bürgerinnen und Bürgern entschieden – jährlich fließen rund 100 Millionen Euro in die von der Bevölkerung gewählten Projekte, seit 2014 sind so über 3.500 Vorhaben realisiert worden, darunter Projekte zur ökologischen Transformation, zur urbanen Landwirtschaft und zur sozialen Grundversorgung. Damit erfüllt das Instrument eine doppelte Funktion: Es schafft einen dauerhaften demokratischen Kanal für die Mitgestaltung des urbanen Raums und verleiht der Transformation der Stadt – gerade auch in Richtung SSE-Infrastrukturen – eine fortlaufend erneuerte Legitimationsgrundlage durch den direkten Volkswillen (ebenda). Diese Dynamik steht jedoch unter strukturellem Druck und es ist zu betonen, dass – ähnlich wie in anderen europäischen Staaten zu beobachten – jüngste Maßnahmen „radikaler, zentralstaatlich durchgesetzter Austerität, ohne nennenswerte finanzielle Spielräume auf kommunaler Ebene“ (vgl. van Dyk, Gerstenhöfer & Kip 2025) die erzielten Erfolge fortwährend zu untergraben drohen, etwa wenn ihre fehlende Sichtbarkeit als neue kulturelle Praxis durch ausbleibende Skalierung zur weiteren Verstärkung autoritärer Tendenzen beiträgt.

4 Beispiele aus Frankreich

Die im Folgenden beschriebenen Beispiele kooperativen Wirtschaftens aus Frankreich sind nicht isoliert zu betrachten: Sie sind eingebettet in einen institutionellen Rahmen, der selbst das Ergebnis jahrzehntelanger gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse ist – zwischen zivilgesellschaftlichen Bewegungen und lokalen Verwaltungen, zwischen solidarökonomischen Akteuren und staatlichen Institutionen. Er ist also das Ergebnis sozialer Kämpfe und ihrer schrittweisen rechtlichen Kodifizierung. Dieser Rahmen besteht nicht aus einem einzigen Gesetz, sondern aus einem Ensemble aufeinander abgestimmter Instrumente: Rechtsformen, die Gemeinwohlorientierung und wirtschaftliche Handlungsfähigkeit verbinden; Flächeninstrumente, die kooperative Nutzungen dauerhaft aus der Marktlogik herauslösen; Kooperationsstrukturen, die öffentliche und zivilgesellschaftliche Akteure auf Augenhöhe zusammenbringen; und Experimentierrahmen, die Erprobung als normalen Bestandteil des Verwaltungshandelns verankern. Was heute als funktionierendes Ökosystem erscheint, wurde über Jahrzehnte erstritten, erprobt und verstetigt. Die folgenden Beispiele illustrieren, was möglich wird, wenn diese Bedingungen zusammentreffen – und geben damit zugleich Hinweise darauf, welche strukturellen Voraussetzungen es in Deutschland zu schaffen gilt und auf Basis dieser Erkenntnisse beschleunigt umsetzbar wären.

4.1 Institutionalisierte Instrumente der Resilienzförderung

Experimentiergesetz (*loi d'expérimentation*)

Das französische Experimentiergesetz (*loi d'expérimentation*, Art. 37-1 bzw. Art. 72 der Verfassung, vereinfacht durch die Organgesetzreform von 2021) erlaubt es dem Staat und Gebietskörperschaften, gesetzliche oder regulatorische Bestimmungen für einen definierten Gegenstand und eine begrenzte Laufzeit gezielt auszusetzen, um neue Politikansätze unter realen Bedingungen zu erproben. Konkret definiert eine lokale Körperschaft oder der Staat den Gegenstand und die Laufzeit der Erprobung, stellt eine wissenschaftliche Begleitung sicher und legt Evaluationskriterien fest; am Ende entscheidet das Parlament anhand der Ergebnisse, ob das Modell verworfen, nur in bestimmten Territorien verstetigt oder landesweit ausgerollt wird. Damit wird Experimentieren zu einer dauerhaften Option des Verwaltungshandelns statt einer einmaligen Ausnahme. Aktuelle Anwendungen umfassen unter anderem die „Zonen ohne Langzeitarbeitslosigkeit“ (TZCLD), das Einkaufsnetzwerk VRAC sowie die in diversen Städten erprobte "Lebensmittel-Sozialversicherung" (*Sécurité Sociale de l'Alimentation*).

Weitere Informationen: <https://www.vie-publique.fr/loi/275530-loi-19-avril-2021-experimentations-locales-differenciation-territoriale>

Société coopérative d'intérêt collectif (SCIC): Genossenschaft in Gesellschaft?

Durch die bereits in der Nachkriegszeit etablierte Rechtsform partizipativer Genossenschaften (SCOP) sind Produktivgenossenschaften als demokratische Unternehmen mit Mitarbeitendenmehrheit im heutigen Frankreich fest verankert. Seit 2014 löst die neu geschaffene SCIC als "Genossenschaft von allgemeinem Interesse" die in Deutschland oft als Konflikt empfundene Trennung zwischen verpflichtender Mitgliederorientierung und Gemeinwohl auf, indem eine bis zu 50 Prozent betragende Beteiligung öffentlicher Einrichtungen, Kommunen und Dritter ermöglicht wird. Hinzu kommt die Pflicht zur mehrheitlichen Rücklage von Erlösen, womit die SCIC als demokratische Inspiration für die in Deutschland ebenfalls mit *Asset Lock* angestrebte Rechtsform des Verantwortungseigentums (Gesellschaft mit gebundenem Vermögen, GmgV) dienen könnte. In Deutschland strebt dieses Modell der Gesellschaft mit gebundenem Vermögen (GmgV) ähnliche Ziele an, ohne bislang denselben gesetzlichen Rückhalt zu genießen. Die SCIC zeigt, dass diese Rechtsform funktioniert – und liefert damit ein Argument für eine entsprechende Reform im deutschen Gesellschaftsrecht.

Weitere Informationen: www.les-scic.coop

Solidarisch-dinglicher Gebäude-Nutzungsvertrag (*bail réel solidaire d'activité*)

Ein weiteres, in Frankreich bereits standardisiertes Rechtskonstrukt, das die Schaffung sicherer und langfristiger transformativer Infrastruktur im städtischen Raum deutlich erleichtert, ist der solidarische Gebäudenutzungsvertrag für Aktivitäten des kooperativen Gewerbes (*bail réel solidaire d'activité*, BRSA). Dieser verankert gemeinwohlorientierte Nutzungen wie Dritte Orte langfristig und bezahlbar im Baubestand. Möglich wird das durch die Trennung von Boden und Nutzung: Eine französische, rechtlich definierte Variante eines gemeinschaftlichen Bodenträgers (*organisme de foncier solidaire*, auch bekannt als *Community Land Trust*) – meist kommunal getragen – behält den Boden, während die Betreiber langfristige Nutzungsrechte erhalten und so investieren können, ohne durch Verkauf oder Mietexplosion verdrängt zu werden.

Für Deutschland ist das spannend, weil es einen Blaupausen-Gedanken liefert: langfristige Nutzungsrechte plus Gemeinwohlbindung als Standard – und Ergänzung zu Instrumenten wie Erbbaurecht und kommunaler Liegenschaftspolitik.

Weitere Informationen: <https://outil2amenagement.cerema.fr/outils/bail-reel-solidaire-dactivite-brsa>

PTCE: Coop-Clusterförderung oder Commons-Public Partnerships in der Fläche

Die *Pôles Territoriaux de Coopération Économique* (PTCE) stellen als zentrale soziale Innovation Frankreichs Zusammenschlüsse mehrerer sozialwirtschaftlicher Akteure sowie öffentlicher Einrichtungen, Forschungszentren, Hochschulen und sonstigen Ausbildungsstätten dar. Sie vereinen die Erkenntnisse herkömmlicher Wirtschaftskluster mit der Infrastruktur schaffenden Funktion kooperativer Ökonomien, womit sie nicht nur in strukturwachen oder von Transformation betroffenen Regionen zur Revitalisierung und Etablierung neuer Wertschöpfungsketten beitragen können. Als rechtliches und finanzielles Framework schaffen sie so aus bestehenden vereinzelt Initiativen ein koordiniertes, lokal eingebettetes System.

Weitere Informationen: <https://lelabo-ess.org/poles-territoriaux-de-cooperation-economique-ptce>

4.2 Klimaschutz und Stadtnatur: Paris' Transformation

Die Umgestaltung des öffentlichen Raums in Paris wird oft anhand sichtbarer Symbole beschrieben – Fahrradschnellwege, Schulstraßen, begrünte Flächen –, aber ihre tiefere Bedeutung liegt darin, wie diese Veränderungen umgesetzt werden. In den letzten zehn Jahren hat Paris nicht nur 'Leuchtturmprojekte' geschaffen, sondern auch wiederholbare Programme entwickelt; standardisierte Interventionen, die über Stadtviertel hinweg und mit kommunalen Budgets, technischen Vorgaben und Planungsroutinen umgesetzt werden können. So konnten mit dem Pariser *Plan Arbre* seit 2020 nicht nur über 130.000 Bäume gepflanzt werden (dabei gilt es zu bedenken, dass Paris nur etwa ein Achtel der Fläche Berlins besitzt), denen 40.000 weitere bis zum Jahresende folgen werden (Ville de Paris 2026). Auch in der Abfallwirtschaft werden quantifizierbare Kennzahlen und Planungsinstrumente mit ökologischen Zielsetzungen verbunden.

Der Bezug zum kooperativen Wirtschaften und der Einbindung bürgerschaftlichen Engagements ist hierbei nicht rein rhetorischer Natur, sondern operativer Art. Die Umgestaltung des öffentlichen Raums ist arbeitsintensiv und erfordert Pflege, Verwaltung und eine Abstimmung auf lokale Gegebenheiten. Gelingt es Städten, diese Arbeiten, die Instandhaltung und Nachbarschaftspflege mit missionsorientierten, zivilgesellschaftlichen wie sozialunternehmerischen Akteuren zu verbinden, wird administrative Partizipation zu öffentlicher Kapazität. Hierzu braucht es die Etablierung entsprechend legitimierter Programme sowie stabile kommunale Schnittstellen und Ansprechpersonen, die zivilgesellschaftlichen und öffentlichen Akteuren die Koproduktion ermöglichen. Wenn eine Stadt alltägliche Resilienz will - kühlere Straßen, sicherere Schulwege, geringere Abhängigkeit vom Auto -, muss sie diese als Infrastruktur behandeln und nicht als eine Abfolge isolierter Experimente. Für Deutschland bedeutet dies nicht, Paris in Gänze zu kopieren. Vielmehr geht es darum, die zugrunde liegende Logik zu übernehmen: Die Transformation wird skalierbar, wenn sie als wiederholbare, systematisch wie programmatisch ausgestaltete Infrastruktur mit Finanzierung, Beschaffungswesen und lokaler Koproduktion mit Anwohner:innen und kooperativen Unternehmen konzipiert und umgesetzt wird.

4.3 Ernährung

La Cité Maraîchère (Romainville)

Mit Ernährungssicherheit und -gesundheit im Kern ihrer Aktivität verbindet die kommunale *Cité Maraîchère*, das erste großflächige urbane Gewächshaus in Romainville, einer der ärmsten Städte Frankreichs am Stadtrand von Paris, die örtliche Lebensmittelproduktion mit Bildungs- und Gemeinschaftsangeboten. Lebensmittel und Speisen werden dabei mit solidarischer Preisgestaltung angeboten, die Erschwinglichkeit und Wirtschaftlichkeit gleichermaßen sicherstellt. Die Anstellung fester Arbeitskräfte verhindert dabei einen häufigen Grund des Scheiterns zivilgesellschaftlicher Projekte: den Anspruch einer öffentlichen Dienstleistungserfüllung - ohne die Stabilität der öffentlichen Einrichtungen. Eine kommunale Trägerschaft und anderweitige kommunale sowie regionale Einbindung, mitunter gar deren Initiierung, sind zentral, um Stabilität von Versorgung und Bildungsauftrag dieser Art Ernährungszentren sicherzustellen. Damit wird ihre Funktion als Teil der städtischen Daseinsvorsorge sichergestellt, während ihre solidarökonomischen Elemente partizipative Governance und bedarfsweise Anpassung ermöglichen. In Folge tragen validierte Impulse zur Ausweitung entsprechender Versorgungsnetze auf benachbarte Regionen oder Lebensmittelproduzenten bei.

Weitere Informationen: <https://www.lacitemaraichere.com/cite-dagriculture-urbaine-et-dalimentation-solidaire-pxl-11.html>

VRAC: lokale, gemeinschaftsgetragene Einkaufsnetzwerke

Wo der Bezug frischer, gesunder und regionaler Zutaten schwerfällt, helfen in Frankreich vielerorts die "Gemeinschaftlichen Einkaufsnetzwerke" (*Vers un Réseau d'Achat en Commun*, VRAC, sinngemäß: „Hin zum gemeinsamen Einkaufsnetzwerk“) beim Bezug preisgünstiger Lebensmittel durch Mengenvorteile. 2013 in Lyon von einer kirchlichen Stiftung und einem kommunalen Wohnungsunternehmen gegründet, organisieren sich die Mitglieder in nachbarschaftlichen Einkaufsgruppen, die monatlich gemeinsam Bioprodukte und lokale Erzeugnisse zu Großhandelspreisen beziehen – direkt von Produzierenden, ohne kostspielige Zwischenstufen. Bestellung und Verteilung werden durch Freiwillige und – aufgrund der erzielten Einsparungen – teils bezahlte Angestellte organisiert; eine einkommensabhängige Staffelung der Mitgliedsbeiträge sorgt für Ausgleichsmechanismen für einkommensschwache Haushalte. 2024 ist VRAC in 23 Gebieten in Frankreich und Belgien aktiv, betreibt 124 Einkaufsgruppen in einkommensschwachen Stadtvierteln und auf Universitätscampussen, womit rund 10.300 Mitgliedshaushalte und etwa 31.000 Menschen erreicht werden. Das Netzwerk wird von 90 bezahlten Angestellten und 1.600 ehrenamtlichen Mitgliedern getragen (VRAC 2024). Ermöglicht wurde dieser Aufbau über eine fünfjährige, durchfinanzierte und wissenschaftlich begleitete Erprobung auf Grundlage des nationalen Experimentiergesetzes.

Weitere Informationen: <https://vrac-asso.org/notre-reseau/>

„Soziale Ernährungssicherung“: Sécurité Sociale de l'Alimentation (SSA)

Ein besonders weitreichendes Beispiel ist die *Sécurité Sociale de l'Alimentation* (SSA, sinngemäß: soziale Ernährungsversicherung): Teilnehmende zahlen einkommensabhängig in lokale Ernährungskassen ein und erhalten monatliche Beträge in lokaler Komplementärwährung auf eine Chip-Karte, die sie bei konventionierten, nach Nachhaltigkeitskriterien ausgewählten Betrieben ausgeben können – welche das sind, entscheiden die Mitglieder demokratisch selbst. Von rund zwanzig Projekten im Jahr 2022 ist die Zahl auf knapp sechzig aktive oder in Planung befindliche Initiativen im Jahr 2024 gestiegen (ADEME 2025). Am weitesten fortgeschritten ist die "Gemeinsame Lebensmittelkasse" (*Caisse alimentaire commune*) in Montpellier, die seit Februar 2023 läuft: 380 Beitragende erhalten monatlich je 100 MonA – eine eigens geschaffene digitale Lokalwährung – und finanzieren damit zur Hälfte das Gesamtbudget, die andere Hälfte stellen die Gemeinden und Kommunen bereit (Toubin-Perre 2025). Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitforschung von INRAE und der UNESCO-Lehrstuhl Aliments du monde sind bemerkenswert: Über 80 Prozent der mit MonA getätigten Einkäufe entfallen auf biologisch erzeugte Produkte, und konventionierte Läden verzeichnen Umsatzsteigerungen zwischen 2 und 7 Prozent (Crépin-Leblond 2025). Für 2025 ist die Ausweitung auf 600 Teilnehmende geplant, mit einem Gesamtbudget von 800.000 Euro; bis 2029 strebt die Stadt die Einbindung von 1.200 Haushalten an – in einer Metropole, in der 28 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze leben (Toubin-Perre 2025). In Gironde läuft seit April 2024 eine vergleichbare Erprobung mit 400 Haushalten auf vier Territorien, urban wie ländlich. Im Pariser 14. Arrondissement stimmten die Bewohner:innen im März 2025 mit 72 Prozent für die Einführung einer lokalen Ernährungskasse, die im September 2025 ihren Betrieb aufgenommen hat (Mairie14ème 2025). Seit Oktober 2024 liegt zudem eine nationale Gesetzesinitiative vor, die bis zu dreißig Erprobungen in zwanzig Territorien ermöglichen soll. Die SSA verbindet

damit Ernährungsgerechtigkeit, ökologische Transformation des Lebensmittelsystems und demokratische Selbstverwaltung in einem einzigen Instrument.

Weitere Informationen: <https://securite-sociale-alimentation.org/la-ssa/>

4.4 Arbeit

TZCLD und Activ'18

Ein weiteres Element der kooperativ angeleiteten, sozialökologischen Transformation sind die sogenannten "Zonen ohne Langzeitarbeitslosigkeit" (*Territoires Zéro Chômeur de Longue Durée*, TZCLD), die ebenfalls auf Grundlage des Nationalen Experimentiergesetzes eingerichtet werden konnten. Lokal umsetzende Akteure wie *Activ'18* sind Beispiel dafür, wie Sozialpolitik als lokale Transformationskapazität gestaltet werden kann, indem Personen, die dem Arbeitsmarkt durch Krankheit oder Pflege nicht zur Verfügung standen, zur Wiedereingliederung soziale und ökologische Arbeiten in ihrer Kommune angeboten werden, ohne Ausgrenzung oder entfremdete Arbeit zu erfahren. So sind die geschaffenen Stellen nach Mindestlohn bezahlt, unbefristet und umfassen den mit den betroffenen Personen flexibel vereinbarten Stundenumfang. Lokale Gremien identifizieren dazu die größten Bedarfe in ihren Quartieren, die bisher nicht durch existierende Unternehmen abgedeckt werden, und bieten diese an. Die mitunter auch Dinge wie Reparatur, Renaturierung, Sorgetätigkeiten oder Nachbarschaftshilfe umfassenden Aufgaben werden auf zwei Ebenen gegengerechnet: direkt gegen die eingesparten Transferleistungen für die Beschäftigten – Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Verwaltungsaufwand – sowie gegen neu entstehende Steuer- und Sozialabgaben; indirekt gegen schwerer quantifizierbare gesellschaftliche Folgekosten wie Gesundheitsausgaben und soziale Desintegration. Eine unabhängige wissenschaftliche Evaluation unter Federführung der Oberbehörden France Stratégie und DARES bestätigt erhebliche positive Wirkungen für die beschäftigten Personen und die lokalen Ökosysteme und empfiehlt die Verstetigung – hält jedoch fest, dass vollständige Kostenneutralität nicht erreicht wird (Maisonave 2024).

Weitere Informationen: <https://www.tzcld.fr/> und https://activ18.fr/?page_id=35

4.5 Recycling und Wiederverwendung

Circularity Hubs, Ressourceries und Recycleries:

Solidarische Kreislaufinfrastruktur in der Fläche

Mit über 250 Mitgliedsstrukturen im "Nationales Netzwerk der Ressourcen- und Recyclingzentren" (*Réseau National des Ressourceries et Recycleries*, RNRR) und schätzungsweise mehr als 350 Strukturen insgesamt – einschließlich nicht-affiliierter Einrichtungen – haben sich Ressourcen- und Recyclingzentren in Frankreich als flächendeckende, nachbarschaftliche Dritte Orte zur Reparatur, Wiederverwendung und Wertstoffsammlung etabliert. Allein zwischen 2019 und 2023 wuchs die Zahl der Netzwerkmitglieder von 146 auf 216 – ein Wachstum, das die steigende gesellschaftliche Nachfrage nach zirkulären Nahversorgungsstrukturen widerspiegelt. Mit über 6.500 Beschäftigten, davon mehr als die Hälfte in Wiedereingliederungspfaden, und einem Gesamtumsatz von rund 41,7 Millionen Euro stellen sie einen relevanten Wirtschaftsfaktor dar. 96 Prozent der Ressourceries sind als Vereine organisiert; ihr Finanzierungsmix kombiniert Ladeneinnahmen, kommunale Zuschüsse, Mittel der Wiedereingliederungsförderung und seit 2024 Gelder aus den "REP-Fonds" der Éco-Organisationen – REP steht für erweiterte Herstellerverantwortung (*Responsabilité Élargie du Producteur*), ein gesetzliches Instrument, das Hersteller verpflichtet, die Kosten der Entsorgung, Wiederverwendung und Verwertung ihrer Produkte am Ende von deren Lebenszyklus mitzufinanzieren. Dank staatlicher Anerkennung, der kommunalen Unterstützung bei der Nutzung von Gewerbeflächen und Leerstand sowie des Zugangs zur Abfallsammlung können Wertstoffe und Produkte so häufiger lokal wiederverwendet werden, als dies auf herkömmlichen Entsorgungswegen der Fall wäre. Die Folge ist eine langfristige Stabilisierung damit verbundener Arbeitsplätze und Tätigkeiten der Kreislaufwirtschaft, deren Inanspruchnahme mit dauerhafter Verankerung in den Nachbarschaften steigt – ein krasser Kontrast zu strauchelnden Einzelunternehmern, Repair Cafés und Hobbyist:innen, die „Reparatur als Privileg“ suggerieren. Viele dieser zirkulären Zentren können mit der öffentlichen Bereitstellung entsprechender Liegenschaften rechnen, etwa über den "solidarischen dinglichen Nutzungsvertrag für kooperatives Gewerbe" (*bail réel solidaire d'activité*, BRSA), der Gewerbeflächen dauerhaft aus der Marktlogik herauslöst und gemeinwohlorientierten Akteuren zu stabilen Konditionen sichert, und fungieren zugleich als Anlaufstelle zur Wiedereingliederung. Damit schließen die Reparaturzentren mittels kooperativen Wirtschaftens die Lücke zwischen individuellen Reparaturbemühungen und dem Infrastrukturcharakter der traditionellen Abfallwirtschaft.

Weitere Informationen: <https://ressourcerie.fr/>

Reparaturindex (*indice de réparabilité*)

Mit Maßnahmen wie dem Reparaturindex (*indice de réparabilité*) für Elektrogeräte erregte Frankreich bereits 2021 die Aufmerksamkeit der Hacker-, Tüftler- und Reparaturszenen. Sozialunternehmen wie das genossenschaftliche Start-up Commown hatten sich dem längstmöglichen Betrieb ihrer Leasinggeräte verschrieben und waren so kurzerhand selbst zu Advokaten alltagstauglicherer Reparierbarkeit geworden (Keil 2026). Mit der Reduktion des jährlichen Abfallaufkommens um 100.000 Tonnen bis 2030 hat sich Paris ein quantifiziertes Ziel gesetzt. Dabei zeigen die Bestrebungen nach Reparierbarkeit und Abfallvermeidung den Konflikt zwischen individuellem Handlungswillen und systemischen Schranken auf: Man kann den Menschen nicht sagen, sie sollen in großem Umfang wiederverwenden und reparieren, wenn die Infrastrukturen dafür nicht vorhanden sind: Es braucht dafür Sammel- und Sortierungspunkte für Recycling und Refurbishment, lokale Reparaturwerkstätten und vertrauenswürdige Anlaufstellen für Schulungen und Wiederverkauf. Die geschaffene Gesetzeslage und erklärte politische Zielsetzung braucht ihre infrastrukturelle Entsprechung.

Weitere Informationen: <https://www.ecologie.gouv.fr/politiques-publiques/indice-reparabilite> und <https://www.indicereparabilite.fr/>

La Venelle: Kooperatives Kompetenzzentrum des solidarischen Wiederverwendens

Ein besonders weitreichendes Beispiel für die institutionelle Verdichtung dieser Logik ist La Venelle in Montreuil, das am 3. September 2025 eröffnet wurde (RTES 2025). Auf rund 1.800 m² vereint das Projekt neun Akteure des solidarischen Wiederverwendens – darunter Emmaüs Défi, Envie, La Collecterie, Neptune und das *Réseau Francilien du Réemploi* (Île-de-France-Netzwerk der Wiederverwendung, REFER) – zu einem gemeinsamen Dorf des solidarischen Wiederverwendens (*Réemploi Solidaire*) mit acht Boutiquen, einem partizipativen Reparaturatelier und einem kulturellen Café-Restaurant. Das Projekt schafft und sichert rund 50 Arbeitsplätze, davon 70 Prozent in Wiedereingliederungsverhältnissen. Rechtlich operiert La Venelle über eine "vereinfachte Aktiengesellschaft" (*Société par Actions Simplifiée*, SAS) – eine flexible französische Kapitalgesellschaft, die anders als klassische Aktiengesellschaften weitgehend frei in ihrer Satzungsgestaltung ist und damit auch für gemeinwohlorientierte Kollektive genutzt werden kann – mit geteilter Governance nach dem Prinzip „eine Struktur – eine Stimme“, das Grundstücksverwaltung, Kostenteilung und kollektive Entscheidungsfindung absichert und explizit als replizierbarer Rahmen für andere Städte konzipiert ist. Die Gesamtkosten des Projekts beliefen sich auf 6,3 Millionen Euro, finanziert durch eine ADEME-Subvention von 1,8 Millionen Euro, ein Darlehen der Regionalentwicklungsbank (*Banque des Territoires*) über 3,6 Millionen Euro sowie Beiträge des Departements Seine-Saint-Denis, der Region Île-de-France und der Fondation JP Morgan. La Venelle zeigt damit exemplarisch, was möglich wird, wenn kooperative Akteure nicht nebeneinander konkurrieren, sondern Logistik, Ausstattung und Außendarstellung gemeinsam bewältigen – und dabei auf ein öffentliches Finanzierungsökosystem zurückgreifen können, das den entscheidenden Schritt vom Einzelprojekt zur dauerhaften Infrastruktur ermöglicht.

Weitere Informationen: <https://www.lavenelle-montreuil.org/>

Öko-Beiträge (*éco-contributions*)

In Frankreich wird der Ankauf neuer technischer Produkte nicht durch eine klassische Steuer finanziell belastet, sondern über das System der "erweiterten Herstellerverantwortung" (*responsabilité élargie du producteur*, REP) und die damit verbundenen "Öko-beiträge" (*éco-contributions*): Hersteller bzw. Erstinverkehrbringer zahlen diese Beiträge an zugelassene Rücknahmeorganisationen (*éco-organismes*), die daraus Maßnahmen der Abfallvermeidung, Wiederverwendung und Entsorgung finanzieren; rechtlich handelt es sich dabei ausdrücklich nicht um eine Steuer, sondern um einen Bestandteil des Produktpreises bzw. des Kostenpreises. Für wiederverwendungsfähige Produktgruppen ist zudem ein eigener "Wiederverwendungsfonds" (*fonds dédié au financement du réemploi et de la réutilisation*) vorgesehen, dessen Ausstattung in bestimmten REP-Sektoren mindestens fünf Prozent der vereinnahmten Beiträge betragen muss; förderfähig sind dabei Unternehmen der Sozial- und Solidarwirtschaft (*économie sociale et solidaire*, ESS), also auch Ressourceries und Recycleries. Das Geld fließt folglich nicht automatisch pro verkauftem Neugerät an einzelne Einrichtungen zurück, sondern wird von den *éco-organismes* über diesen Fonds nach festgelegten Regeln und Förderkriterien an berechnete ESS-Akteure verteilt.

Weitere Informationen: <https://filieres-rep.ademe.fr/modulations>

Envie: Social Franchise in der Kreislaufwirtschaft

Ein besonders aufschlussreiches Beispiel für die Skalierung solidarökonomischer Infrastruktur über ein sogenanntes *Social Franchise* ist das Netzwerk Envie (*Entreprise Nouvelle Vers l'Insertion Économique*, sinngemäß: Neues Unternehmen für wirtschaftliche Wiedereingliederung). 1984 in Straßburg gegründet, verfolgt Envie eine doppelte Mission: die Verlängerung der Lebensdauer von Elektro- und Elektronikgeräten durch Sammlung, Reparatur und Wiederverkauf sowie die berufliche Wiedereingliederung von arbeitsmarktfernen Personen. Das Netzwerk zählt heute 53 Wiedereingliederungsunternehmen und über 100 Standorte, die über ganz Frankreich verteilt auf Kauf, Reparatur und Recycling von Elektrogeräten spezialisiert sind. 2023 begleitete Envie 2.851 Personen auf ihrem Weg in den Arbeitsmarkt, 69 Prozent von ihnen fanden im Anschluss einen dauerhaften Arbeitsplatz oder eine Qualifizierung (Réseau Envie o. D.).

Das Social-Franchise-Modell von Envie folgt dabei konsequent den Prinzipien der SSE: Die Fédération Envie ist als Verein organisiert und koordiniert die lokalen Strukturen, die jeweils als eigenständige, gemeinnützige Wiedereingliederungsunternehmen mit demokratischer Governance operieren und ihre Überschüsse reinvestieren. Die lokalen Einheiten verfügen dabei über ausreichend Autonomie, um eigene Experimente zu entwickeln, die bei Bewährung auf das gesamte Netzwerk ausgeweitet werden – ein Modell, das Standardisierung und lokale Anpassungsfähigkeit verbindet. Entscheidend für die flächendeckende Implementierung waren dabei staatliche Förderinstrumente: Als anerkannter Betreiber von "Filialen erweiterter Herstellerverantwortung" – den (*Filières à Responsabilité Élargie du Producteur, REP*), die Hersteller verpflichten, die Entsorgung und Wiederverwertung ihrer Produkte zu finanzieren – übernimmt Envie rund ein Drittel der gesamten Sammlung und Verwertung des Elektroschrotts in Frankreich, finanziert durch die *éco-contributions* der Hersteller. Ergänzend ermöglichten Förderungen der Staatlichen Agentur für ökologischen Wandel (*Agence de la transition écologique, ADEME*) sowie die Anerkennung als "solidarisches Unternehmen von gesellschaftlichem Nutzen" (*Entreprise Solidaire d'Utilité Sociale, ESUS*) den Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen und Förderprogrammen. Dass selbst dieses bewährte Modell nicht vor Fragilität gefeit ist, zeigt die jüngste Entscheidung des Haupt-Ékoorganismus *ecosystem*, mehrere regionale Aufträge nicht zu verlängern – was rund 1.000 Arbeitsplätze in Wiedereingliederungsunternehmen gefährdet und verdeutlicht, wie stark selbst gut funktionierende SSE-Infrastrukturen von der Kontinuität öffentlicher Rahmenbedingungen abhängen.

Weitere Informationen: <https://www.envie.org/>

4.6 Kooperative Stadtentwicklung

Plateau Urbain

Es ist ein Dilemma: Gerade Räumlichkeiten und nutzbare Flächen gehören zum häufigsten Engpass kooperativ wirtschaftender und zivilgesellschaftlicher Akteure. Leerstands- und Zwischennutzungsagenturen wie das *Plateau Urbain* und *Yeswecamp!* erfassen städtischen Leerstand und dessen Ursachen systematisch und entwickeln Konzepte für deren Instandsetzung und Zwischennutzung, die sie routiniert und verlässlich umsetzen. Dabei schaffen sie in großen Immobilien, die oft über viele Jahre - wegen Genehmigungsprozessen für Abriss oder Umbauten - ungenutzt leerstehen, verlässliche Zwischennutzungen für Akteure des Gemeinwohls und der lokalen solidarischen und sozialen Ökonomie sowie auch für Privatunternehmen, in einer geschickt kombinierten Finanzierung. Diese Akteure verleihen dem "Umnutzung statt Abriss"-Diskurs starke Impulse, geben Praxisbeispiele und haben einen nachgewiesenen Einfluss auf die nach der Zwischennutzung umgesetzte Entwicklung (siehe *Les Grands Voisins*). Sie ermöglichen, was für kleine Akteure sonst unmöglich wäre: Anbahnung von Verträgen, Einhaltung von Compliance-Vorgaben, Standortbetrieb, initiale Projektförderungen und -ausschreibungen sowie Nutzungsvereinbarungen mit Eigentümern und Kommunen und sind selbst anerkannte Akteure der SSE.

Die Übertragbarkeit auf Berlin scheint klar: Angesichts von knapp zwei Millionen Quadratmetern leerstehenden Geschäftsflächen in Berlin (Angeloudis 2025), insgesamt sind es mehr als elf Millionen bundesweit (ZIA 2025), in komplexen Eigentumsverhältnissen könnte der gezielte Aufbau professioneller Vermittlungsinstanzen verhindern, dass zivilgesellschaftliche Initiativen - trotz großer Nachfrage - mit sozialem Konfliktpotential verdrängt werden, scheitern oder informell bleiben. Eine entsprechende öffentlich-zivilgesellschaftliche Infrastruktur könnte damit nach französischem Vorbild auch die Anbahnung einer Verstetigung erfolgreicher Zwischennutzungen oder die Überführung an genossenschaftliche Eigentümer:innen anstreben.

Weitere Informationen: <https://www.plateau-urbain.com/>

**Fondation des Solidarités Urbaines:
Experimentierstiftung der Sozialwohnungsunternehmen**

Die *Fondation des solidarités urbaines* (FSU) ist ein als gemeinsame Stiftung getragenes Förder- und Experimentierinstrument der Pariser Sozialwohnungsunternehmen (*bailleurs sociaux*); sie bündelt deren Mittel und Praxiserfahrung, um soziale und ökologische Innovationen im Wohnumfeld in der Region voranzubringen. Inhaltlich fördert sie forschungsbegleitete Experimentierprojekte mit hohem sozialem Nutzen in den Feldern inklusive, partizipative, nachhaltige Stadt. Die Auswahl der Vorhaben erfolgt über jährliche, thematische Förderaufrufe auf Basis von Problemlagen, die die Wohnungsunternehmen in ihrer Alltagspraxis identifizieren. Die Unterstützung besteht nicht nur aus Finanzierung – bei einem Jahresbudget von rund 1,17 Millionen Euro –, sondern auch aus der Bereitstellung von Erprobungsräumen, der Vernetzung mit Wohnungsunternehmen und Mieter:innen sowie effektiver projektbezogener Begleitung. Ziel ist es, aus lokal erprobten Projekten belastbare Erkenntnisse und übertragbare Lösungen zu gewinnen: Die Ergebnisse werden ausgewertet, dokumentiert und verbreitet, damit sie – bei Bewährung – von den beteiligten Wohnungsunternehmen und weiteren Stadtakteuren aufgegriffen und übertragen werden können.

Weitere Informationen: <https://www.fondationsolidaritesurbaines.fr/>

5 Ansätze in Deutschland

Auch in Deutschland sind in den vergangenen Jahren starke Ansätze kooperativen Wirtschaftens zu beobachten, deren Fülle und Vergleich weit über den Rahmen dieses Textes hinausgehen. Neben einer Renaissance der Wohnungsbaugenossenschaften, deren jüngste Generation trotz oder gerade wegen der angespannten Wohnungsmarktsituation in Großstädten mit mehrgenerationentauglichen Clusterwohnungen und Cohousing experimentiert, haben eine Vervielfältigung relevanter Fürsprecher (BzFdG, #GenoDigital, Platform Coop, SEND, SIGU, VKW u.a.) und der Abbau bürokratischer Benachteiligungen eine Gründungswelle von insbesondere Dienstleistungs- und Technologiegenossenschaften hervorgebracht. Parallel wurden innovations- und transfertaugliche Förderprogramme für kooperative Wirtschaftsformen geöffnet. Die Nationale Strategie für Soziale Innovationen und Gemeinwohlorientierte Unternehmen signalisierte Aufmerksamkeit für ihre übergeordneten Ziele (BMBF/BMWK 2023).

Dabei bleibt der kooperativ-wirtschaftliche Sektor in Deutschland weiter von verschiedenen Strömungen geprägt, deren fundamentale Finanzierungs- und Organisationsmechanismen sich teils deutlich unterscheiden. Das Fehlen einer eigenständigen Rechtsform für klassische Produktivgenossenschaften, d.h. demokratische Mitarbeitendenunternehmen wie die französische SCOP, hat zur Schaffung einer Vielfalt körperschaftlicher Mischformen geführt. Auch wenn dieses „Legal Hacking“ als vielfach etablierte Praxis resilienter Nischen erscheint, hindert dies mitunter die Wahrnehmung als gemeinsames, sinnstiftendes Wirtschaftsprinzip – und damit die Skalierung in Richtung einer flächendeckenden, gemeinschaftstragenden Infrastruktur.

„Der kooperativ-wirtschaftliche Sektor in Deutschland ist von verschiedenen Strömungen geprägt, was mitunter seine Wahrnehmung als gemeinsames Wirtschaftsprinzip schwächt.“

Angesichts immer fragilerer Lieferketten und dringlicher werdender Fragen der Ernährungssouveränität entstehen in Deutschland zunehmend kooperative Ansätze zur Sicherung einer resilienten, demokratisch organisierten Nahversorgung. Vielversprechend sind insbesondere gemeinschaftstragene Supermärkte nach dem Vorbild des Pariser *La Louve* – in Deutschland etwa die SuperCoop Berlin eG, die seit 2021 als genossenschaftlicher Mitmach-Supermarkt im Wedding rund 1.800 Mitglieder vereint, die zugleich Eigentümer:innen, Kund:innen und Betreibende sind (SuperCoop 2025). Das Modell verbindet Nahversorgung mit solidarischer Preisgestaltung, demokratischer Mitbestimmung und

lokalem Wirtschaftskreislauf. Ergänzend entwickeln lokale Ernährungsräte, Bodengenossenschaften und das Netzwerk Solidarische Landwirtschaft Ansätze für bioregionale Lieferketten, die über Stadtgrenzen hinaus wirken. Wie das Reallabor „Kooperatives Wirtschaften“ im hessischen Werra-Meißner-Kreis zeigt, können sich dabei bemerkenswerte lokale Cluster entwickeln, deren Aktionsraum weit über einzelne Branchen hinausreicht – und die damit das bislang einzige größere regionale Netzwerk kooperativen Wirtschaftens in Deutschland darstellen. Auch dieses steht jedoch exemplarisch für die strukturelle Prekarität solcher Initiativen: Ihr Beitrag zur Daseinsvorsorge bleibt fragil, solange er vom Auslaufen öffentlicher Unterstützung bedroht und nicht in die dauerhafte Infrastrukturlogik eingebettet ist.

Metriken wie die Gemeinwohlökonomie (GWÖ) halten Kategorien zur Evaluation von geteiltem Eigentum und gleichberechtigten Entscheidungen bereit. Mitunter können diese jedoch hinter mittelbaren Kriterien zurückstehen. Der laufende Generationswechsel im Mittelstand und fehlende Nachfolger:innen bei regional verankerten Familienunternehmen haben in Deutschland auch schon zur genossenschaftlichen Unternehmensfortführung durch ihre Belegschaften überzeugen können. Mitunter sind entsprechende Nachfolgen kreditfrei durch laufende Umsatzerlöse möglich. Dabei gibt es, anders als in Frankreich, jedoch noch keine prominenten Beispiele wie den traditionsreichen Glashersteller Duralex oder den Textilverarbeiter Bergère de France (vgl. Diard & Meier 2025).

Im Bereich der urban-räumlichen Infrastruktur entstehen in Deutschland zunehmend Kooperationsmodelle, die über klassische Projektförderung hinausgehen und strukturell zwischen öffentlicher Hand und Zivilgesellschaft vermitteln – in der aktuellen Fachdiskussion unter den Begriffen *Common-Public-Partnerships* (CPP) und *Public-Civic-Partnerships* (PCP) gefasst (Jerchel & Pape 2022). Beiden Modellen liegt dieselbe Grundlogik zugrunde: Die öffentliche Hand sichert Verfügbarkeit und Rahmen – durch Eigentum, Erbbaurecht oder Zweckbindung –, während zivilgesellschaftliche Trägerstrukturen Betrieb, Programm und Gemeinwohl-governance übernehmen, ausgestattet mit definierten Rollen und echten Entscheidungskompetenzen jenseits symbolischer Beteiligung. Dabei lösen diese Modelle drei typische Bruchstellen kooperativer Infrastruktur: instabile Mietverhältnisse, mangelnde Entscheidungsmacht – und am folgenreichsten – die strukturelle Unterfinanzierung laufender Betriebskosten. Investitionskosten für Umbau und Sanierung (*Capital Expenditure*, CAPEX) werden häufig durch Fördermittel abgedeckt; ob ein kooperativer Ort dauerhaft offen bleibt, entscheidet hingegen die Absicherung der laufenden Personal-, Energie- und Verwaltungskosten (*Operational Expenditure*, OPEX). Ohne diese Betriebslogik wird ein kooperativer Dritter Ort entweder kommerzialisiert oder bricht mit Ende der Projektförderung zusammen. Dabei sind durchaus gemischte OPEX-Modelle denkbar, in denen Betreibende und Kommune die laufenden Kosten gemeinsam tragen: durch dauerhaft vergünstigte Raumnutzung und strukturelle Förderungen auf der einen, durch gemeinschaftsgetragenes Wirtschaften, einkommensabhängige Mitgliedsbeiträge oder solidarische Bieterrunden auf der anderen Seite. Konsequenterweise umgesetzt, wird CPP oder PCP so nicht nur demokratischer, sondern auch robuster und zukunftsfähiger. Auf Basis jüngster Praxisfälle lassen sich mehrere übertragbare Kooperationsbausteine identifizieren, die jeweils unterschiedliche Wege beschreiten, aber dieselbe Aufgabe lösen: die Verbindung von öffentlicher Absicherung, zivilgesellschaftlichem Betrieb und langfristiger Gemeinwohlbindung; eine systematische Zusammenführung dieser Modelle findet sich im "Forum Wohnen und Stadtentwicklung" (vhw FWS 1/2026).

„Temporäre Förderungen anstelle dauerhafter Kompetenzen und Selbstverwaltungsrechte schwächen kooperative Infrastruktur und verhindern Skalierung.“

Mit erfolgreichen, in Dauernutzung überführten Zwischennutzungskonzepten in den Wohnhäusern vieler Großstädte, den Genossenschaftlichen Immobilienagenturen (GIMA) und dem bundesweiten „Leerstandmelder“ existieren in Deutschland bereits erste Bausteine, deren Hebung in eine infrastrukturbildende Kooperation mit öffentlichen Partnern möglich scheint. Wegweisende Modellprojekte wie das Berliner Dragonerareal und das Haus der Statistik zeigen, wie solche Arrangements trotz „produktive[r] Missverständnisse“ und teils fehlender Augenhöhe (vgl. Farias, Marlow & Wall 2024) Ausgangspunkte für die Vertiefung demokratischer Koproduktion sein können. Dass es sich dabei bislang um Einzelfälle handelt, wird an der gegenläufigen Entwicklung anderswo deutlich: Auslaufende Kooperationen und Förderungen vielversprechender Ansätze – wie beim Hansa-Forum der Münsteraner B-Side oder dem Reallabor „Regionales & Kooperatives Wirtschaften“ im

Werra-Meißner-Kreis – stehen exemplarisch für eine strukturelle Schwäche, die sich grundlegend von der in Frankreich beobachtbaren standardisierten Verwebung öffentlicher und gemeinwohlorientierter Akteure unterscheidet. Temporäre Förderungen anstelle dauerhafter Kompetenzübertragung und Selbstverwaltungsrechte schwächen das Potential kooperativer Infrastrukturen unnötig – und verhindern genau jene Skalierung, die für eine resiliente Stadtentwicklung erforderlich wäre.

Ein Berliner Beispiel für den Aufbau flächendeckender zirkulärer Infrastruktur unter Nutzung von Gewerbeleerstand ist der gemeinnützige Verbund KREISLER e.V., der die Verknüpfung von Nachbarschaftsläden mit Leih- und Reparaturinfrastruktur zu einem netzwerkförmigen Social-Franchise-Verbund erstrebt. Ziel ist eine wohnortnahe, gemeinschaftsgetragene Infrastruktur für eine "Zirkuläre Gesellschaft" (*Circular Society*). Am ersten Standort konnte eine Partnerschaft mit einem städtischen Wohnungsbauunternehmen eine vergünstigte Miete sichern – ein erster konkreter Schritt in Richtung CPP-Logik, der zeigt, wie öffentliche Akteure bereits innerhalb bestehender Handlungsspielräume Vorleistungen für solidarökonomische Infrastruktur erbringen können. Das eigentliche Potential liegt jedoch in der Skalierung: Im *scale out* – der Ausbreitung in die Fläche über den Social-Franchise-Ansatz – und im *scale up* – der Überführung der punktuellen Kooperation in eine standardisierte Zusammenarbeit zwischen kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, die nicht von Einzelengagements abhängt, sondern als Normalfall öffentlicher Daseinsvorsorge institutionalisiert ist. Was fehlt, ist nicht das Modell – es ist der institutionelle Rahmen, der seine Ausbreitung ermöglicht: verlässlicher Zugang zu Flächen, Anerkennung als förderberechtigte Einheit und die standardisierte Kooperation mit kommunalen Partnern, die in Frankreich als Selbstverständlichkeit gilt und in Deutschland noch erkämpft werden muss. Das bestätigt auch ein aktuelles Forschungsprojekt des Umweltbundesamts: Nachhaltige Innenstadtprojekte scheitern selten an den Ideen – sondern an fehlenden Flächen, Finanzierungslücken und mangelndem politischen Rückhalt (Stelzer 2026).

Die Transformation des öffentlichen Raums in Richtung Schwammstadt, Entsiegelung und klimaresilienter Begrünung stößt in Deutschland auf besondere kulturelle und strukturelle Widerstände: Als eines der prägendsten Autoländer der Welt hat Deutschland nicht nur seine Industrie und Arbeitswelt über Jahrzehnte auf das Auto ausgerichtet, sondern auch seinen Stadtbau, seine Flächenpolitik und seine verwaltungstechnischen Routinen – eine Pfadabhängigkeit, die den Umbau des Straßenraums und die Entsiegelung von Flächen zu weit mehr als einer technischen Frage macht. Initiativen zu Entsiegelung und Renaturierung sehen sich weiter situativ variierenden Behördenbeziehungen gegenüber (vgl. Mieulet 2025), die eine gezielte Erschließung ihrer teils erheblichen ehrenamtlichen Arbeitskraft verhindert oder in größtenteils privat organisierten und individuell durchgeführten Aktionen verharren lässt (vgl. Abpflastern 2026). Ihre rechtlich-administrative Behandlung als „transformative Hilfswerke“ (Wans 2023 nach Jerchel 2024) mit Einbettung in öffentliche Prozesse steht weiter aus, obwohl Orientierungen zur „Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und öffentlicher Verwaltung“ existieren (s. Vollmer et al. 2023).

„Deutsche Städte verfügen über ein tragfähiges Fundament kooperativer Unternehmen, auf dem politische Aufmerksamkeit aufbauen sollte.“

Mit dem Verbund Kooperatives Wirtschaften (VKW) verfügt Deutschland seit 2024 über eine branchenübergreifende Interessenvertretung kooperativ wirtschaftender Unternehmen, die anders als frühere Vertretungen ein plurales Verständnis alternativen Wirtschaftens vereint und auch dem Transfer zwischen den vertretenen Betrieben aus den verschiedenen Wirtschaftssektoren dienen soll. Neben jüngeren Zusammenschlüssen wie dem CSX-Netzwerk und dem Netzwerk Solidarische Landwirtschaft (SoLaWi) beteiligen sich auch erfahrene Genossenschaftsverbände an dem Verbund.

Eine jüngst erschienene Sektoranalyse sozialer Unternehmen wies deren „tragfähiges Fundament“ und ihre Verankerung in verschiedenen Milieus auch in Berlin nach. Demnach sei der Erfolg der etwa 3.000 sozialen Unternehmen, die einen Umsatz von knapp 6 Milliarden Euro erzielen, auch auf das enge Zusammenwirken mit der Stadtgesellschaft und die früh erfolgte Einbeziehung in „wirtschaftspolitische Förderstrukturen“ zurückzuführen. Dabei stehe die strategische Hebung ihrer Innovationsstärke und Verquickung ihrer Aktivitätsfelder jedoch weiter aus (Kenel et al. 2026). Im Unterschied zu anderen Querschnittstudien (vgl. etwa Lautermann & Marken 2026) in deutschen Großstädten griff die Studie dabei lediglich Unternehmen auf, die ihre Einnahmen überwiegend auf dem freien Markt erzielten, obwohl die Soziale und Solidarische Ökonomie längst tragfähige

Geschäftsmodelle auf Basis dauerhafter Prosumerbeziehungen bereithält. Das tatsächliche Potential alternativen Wirtschaftens dürfte in Berlin daher sogar noch deutlich größer sein.

Anders als in Paris, wo Kreislaufwirtschaft und Solidarische Ökonomie expliziter Aufgabenbereich des Stellvertretenden Bürgermeisters darstellen, findet sich die herausgehobene Nennung kooperativen Wirtschaftens oder gemeinschaftsgetragener Infrastrukturen in keiner Organisationseinheit der Berliner Senatsverwaltungen und auch bundesweit nirgendwo sonst. Gegenwärtige Vorgaben zu öffentlichem Auftragswesen und Beschaffung deuten auf keine Mechanismen zur gezielten Stärkung sozialer und solidarökonomischer Unternehmungen hin.

6 Fazit

Sowohl in Frankreich als auch in Deutschland lassen sich zahlreiche Beispiele kooperativen Wirtschaftens identifizieren, die gleichermaßen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt wie auch der Bewältigung dringlicher volkswirtschaftlicher und ökologischer Herausforderung beitragen können. Alle vorgestellten Fallbeispiele aus Frankreich teilen dabei das Prinzip “Mehr, wenn wir teilen” (nach Ostrom 2011), das die Kapazitäten urbaner und zumeist vielfach beanspruchter Ressourcen durch gemeinschaftliche Nutzungs- und Auslastungskonzepte erhöht. Die SSE wird dabei in Frankreich nicht als bürgerschaftliches Engagement behandelt, sondern als Kapazitätssteigerung für Infrastrukturprojekte von öffentlichem Interesse. Wie im vorigen Abschnitt gezeigt, fehlt es in Deutschland bislang an der institutionellen Verankerung, die in Frankreich die Voraussetzung für diese Entwicklung bildete.

Das Beispiel Envie zeigt dagegen exemplarisch, wie selbst bewährte SSE-Infrastrukturen fragil bleiben, wenn öffentliche Rahmenbedingungen ausbleiben oder wegbrechen – und macht damit deutlich, dass es nicht genügt, kooperative Strukturen zu gründen: Sie müssen dauerhaft in ein unterstützendes institutionelles Umfeld eingebettet sein. Resultat sind öffentlich-zivilgesellschaftliche Schnittstellen, die dauerhafte Koproduktion, stabile Finanzierung und wiederholbare Umsetzungen ermöglichen. Die Stadtverwaltung ist in diesen Beispielen nicht aufgrund von zentraler Steuerung eine ‘Umsetzungsmaschine’, sondern durch die Kombination öffentlich legitimierter Zielsetzung mit missionsorientierten Akteuren und deren strukturierter Einbindung und Partizipation, um “eine experimentelle Tradition [...] neu zu erfinden, die nicht mehr rückgängig gemacht werden kann” (Foundational Economy Collective 2019, S. 244).

Kooperatives Wirtschaften wird in Deutschland dagegen weiter dadurch “erschwert, dass es an den Ausrichtungen der Wirtschaftspolitik zumeist vorbeigeht, [...] von ihr kaum wahrgenommen wird” (Teilgabe 2024, S. 233). Wohlfahrts- und Genossenschaftssektor weisen zwar eine nicht unerhebliche Größe auf, doch wird die Sozialwirtschaft weitaus weniger konsequent als Instrumentarium für Kreislaufwirtschaft und Resilienzaufbau verstanden. Eine Anerkennung der Innovationsstärke nimmt zwar zu, bleibt jedoch regional uneinheitlich: Im Unterschied zu Frankreich bestehen aussichtsreiche soziale Innovationen und kooperative Vorhaben oftmals in temporär angelegten Projektphasen oder dauerhaft im Hyperlokalen fort, wo die Übernahme funktionaler Elemente oder ihre Skalierung geboten wären. Hier fehlen Instrumente zur Systematisierung, die die dauerhafte Fortführung infrastrukturentauglicher Konzepte mit öffentlichen Einrichtungen ermöglichen würden.

„Kooperatives Wirtschaften bietet sich angesichts von Krisen und Klimakollaps als zentraler Überlebens- und Aushandlungsmodus an.“

Was Frankreich zeigt und Deutschland noch aussteht, lässt sich in einer Forderung bündeln: Die Skalierung kooperativer Infrastrukturen – als *scale out* in die Fläche, als *scale up* in neue rechtliche und administrative Grundlagen, als *scale deep* in die Kultur von Verwaltung und Zivilgesellschaft (vgl. Abschnitt Relevanz) – muss aufhören, dem Zufall

einzelner Engagements überlassen zu bleiben, und als politische Gestaltungsaufgabe anerkannt werden. Das erfordert nicht zuletzt, kooperative und solidarökonomische Akteure nicht länger als Lückenbüsser eines sich zurückziehenden Staates zu behandeln, sondern als leistungsstarke Partner auf Augenhöhe, deren Potential zur sozial-ökologischen Transformation systematisch erschlossen werden kann – wenn die institutionellen Bedingungen dafür bewusst und gemeinsam geschaffen werden. Entscheidend ist daher nicht, ob die Soziale und Solidarische Ökonomie mit einem gemeinsamen Selbstverständnis in Deutschland existiert, sondern ob sie als Infrastruktur und entwicklungsrelevanter Wirtschaftsfaktor anerkannt wird - inklusive entsprechender Steuerung, unterstützenden Intermediären, stabiler Finanzierung, Berücksichtigung bei Beschaffung und Ausschreibung, sowie ihrer Raumordnung und städtebaulicher Entwicklung. Gelingt es nicht, 'sozioökonomische Innovationen' [sic!] zu mainstreamen, werden Resilienz und gelungene Transformation zur regionalen Ausnahmeerscheinung, und Ungleichheiten verschärfen sich weiter.

Dabei geht es nicht darum, die schwindenden Grundlagen einer "kannibalistischen" Wirtschaftsweise aufzustocken (Fraser 2023) und "Lücken der Daseinsvorsorge durch die Zivilgesellschaft zu schließen, sondern die Gestaltung und Verwaltung sozialer Rechte, der Infrastruktur und der Daseinsvorsorge neu auszuhandeln" (Teilgabe 2024, S. 245). Ziel des kooperativen Wirtschaftens und seiner Beziehung zur öffentlichen Hand ist somit weder die weitere Ökonomisierung des Staates noch die staatliche Steuerung unbedenklicher Markthandlungen, sondern die "nicht-kompetitive Selbstverwaltung" (van Dyk 2024, S. 191) als klima- und krisenresilienter Überlebens- und Aushandlungsmodus.

Es dürfte eine ausstehende Diskussion sein, inwieweit die Hinwendung zum Kooperativen Wirtschaften auch mit weiterführenden Fragen der internationalen, demokratischen Verwaltung öffentlicher Güter verknüpft werden müsste, beruhen die in Europa allgegenwärtigen Verlustängste und Ansprüche auf imaginierten "Phantombesitz" (von Redecker 2026) doch letztlich "auf einer ressourcenintensiven und global ungleichen Wirtschaftsweise" (Schmelzer 2026). Nichtsdestotrotz braucht es die Professionalisierung präfigurativer "Einstiegsprojekte" zur "Sichtbarmachung des kollektiven Anteils im Privateigentum" für eine "neue Infrastrukturpolitik" (van Dyk 2024, S. 212 ff.). "Die Demokratisierung und Dekommodifizierung der Arbeit mögen unsere ökologischen Krisen nicht allein lösen" (Battistoni 2020), aber das kooperative Wirtschaften wird wesentlich zur Linderung bevorstehender Krisen sein.

7 Empfehlungen

Die vorangegangenen Beispiele und Analysen machen deutlich: Kooperatives Wirtschaften ist keine Randerscheinung, sondern ein nachweislich leistungsfähiger Baustein sozial-ökologischer Stadtentwicklung – in Frankreich bereits institutionell verankert, in Deutschland vielfältig vorhanden, aber strukturell unterausgestattet. Die Lücke liegt weniger im Mangel an Ideen oder Akteuren als in der fehlenden Passung zwischen dem, was kooperative Infrastrukturen brauchen, um dauerhaft zu wirken – verlässliche Räume, Betriebsfinanzierung, Entscheidungsmacht – und dem, was öffentliche Förder- und Verwaltungslogiken bislang bereitstellen. Diese Lücke zu schließen ist keine technische Frage, sondern eine politische: Sie erfordert die bewusste Entscheidung, kooperatives Wirtschaften nicht als Kompensation staatlichen Rückzugs zu behandeln, sondern als eigenständige Infrastrukturform, die gezielte Rahmenbedingungen verdient. Die folgenden Empfehlungen sind als konkrete Umsetzungsschritte formuliert und richten sich an Akteure der Exekutive und der Zivilgesellschaft auf kommunaler, Landes- und Bundesebene. Sie zielen darauf ab, zwei zentrale Hebel zu aktivieren: erstens die rechtliche oder zumindest verwaltungspraktische Standardisierung von Experimentierlogiken und Kooperationskultur – sowohl in Multistakeholder-Konstellationen zwischen Kommune und Zivilgesellschaft als auch zwischen gleichrangigen öffentlichen Akteuren; zweitens die konsequente Ausrichtung öffentlicher Förderung auf den Aufbau dauerhafter Infrastrukturen statt einzelner Projekte. Kooperatives Wirtschaften entfaltet sein Potential zur sozial-ökologischen Transformation nur dort, wo die Logik gemeinwohlorientierter Infrastruktur an den notwendigen Schnittstellen mit der Verwaltungslogik in Einklang gebracht wird – und wo der Staat nicht als Auftraggeber kurzfristiger Maßnahmen, sondern als strukturierender Partner langfristiger Koproduktion auftritt.

1. Kooperatives Wirtschaften sichtbar und nutzbar machen

Kooperatives Wirtschaften als eigenständigen Sektor neben der Wohlfahrtspflege und dem Social Entrepreneurship sichtbar zu machen und dessen Beitrag zur sozialökologischen Transformation aktiv herauszustellen, ist eine notwendige Grundlage aller weiteren Maßnahmen. Es empfiehlt sich die Verabschiedung einer eigenständigen SSE-Definition, die explizit gemeinschaftsgetragene Infrastruktur für die Nahversorgung, demokratische Eigentumsmodelle für Immobilien und Räumlichkeiten sowie partizipative Dienstleistungsmodelle umfasst. Flankierend sollte ein rechtsformunabhängiges Monitoring eingeführt werden, das Beschäftigungszahl, Wertschöpfung und regionale Infrastrukturabdeckung von Akteuren wie Genossenschaften, Kollektivbetrieben, gemeinwohlorientierten Unternehmen und Vereinen systematisch erfasst. Mögliche Grundlagen bieten der *Public Sector Capabilities Index* (Mazzucato et al. 2026) sowie die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und Statistiken relevanter Branchenverbände.

„Die Erfassung kooperativen Wirtschaftens ist die Grundlage für dessen Infrastrukturleistung.“

2. Von der Projekt- zur Infrastrukturlogik

Kooperative und solidarökonomische Akteure als transformationsrelevante und infrastrukturstiftende Partner der sozial-ökologischen Grundversorgung anzuerkennen, erfordert eine entsprechende Umstellung der Förderlogik. Auch wenn kooperative Akteure bestrebt sind, sich durch gemeinschaftsgetragene Modelle langfristig selbst zu finanzieren, bleibt die öffentliche Hand gefordert: Wo es um resiliente sozial-ökologische Infrastruktur geht, reicht die Förderung von Investitionskosten (CAPEX, vgl. Abschnitt Ansätze in Deutschland) allein nicht aus. Grundversorgung braucht Grundfinanzierung – die Versorgung von Stadtvierteln erfordert stabile mehrjährige Budgets für Personal, Schulungen, Administration, Betrieb und Instandhaltung, die Kontinuität und flächendeckende Versorgungsgerechtigkeit sicherstellen.

Diese Forderung bleibt richtig – und sie steht zugleich unter erheblichem Realisierungsdruck: In Zeiten strukturell knapper Kommunalfinzen und einer politischen Tendenz zum Rückzug des Staates ist OPEX-Förderung in vielen Kommunen schlicht nicht verfügbar. Gerade deshalb lohnt es, einen realistischen Zwischenweg zu denken: Auch finanzschwache Kommunen können SSE-Infrastrukturen gezielt in ihrer Entstehungsphase unterstützen – durch Anschubfinanzierung, dauerhaften Zugang zu Räumlichkeiten und die Absicherung erster Betriebskosten. Die mitgliedschaftsgetragene Wirtschaftslogik kooperativer Akteure bietet dabei eine strukturelle Gegenperspektive zur reinen Förderabhängigkeit: Wenn der entscheidende Schritt der Gründungsfinanzierung gelingt, können sich diese Strukturen mit wachsender Mitgliedsbasis und eigenen Einnahmen in Teilen ihres Betriebs schrittweise förderunabhängig aufstellen – ohne dabei ihren gemeinwohlorientierten Charakter aufzugeben. Denn Förderung ohne Selbstverwaltung ist keine Infrastrukturpolitik – sie ist Projektpolitik mit Ablaufdatum.

3. Gemeinwohlorientiertes Beschaffungswesen

Öffentliche Vergabekriterien und Vorschriften für Beschaffung und Ausschreibungen so zu gestalten, dass Akteure des kooperativen Wirtschaftens strukturell daran teilhaben können, gehört zu den unmittelbar verfügbaren Hebeln. Dazu zählt insbesondere die Anpassung von Anforderungsprofilen, die bislang strukturell nur größere, etablierte Unternehmen begünstigen: Losgrößen sollten so zugeschnitten werden, dass auch kleinere Träger bieten können; Eignungskriterien sind auf das tatsächlich notwendige Maß zu begrenzen; Nachweispflichten sollten vereinfacht werden. Ergänzend empfiehlt sich die Einführung sozialökologischer Zuschlagskriterien, die nicht allein den günstigsten Preis, sondern Servicequalität, lokale Wertschöpfung und Gemeinwohlorientierung honorieren. Das öffentliche Beschaffungswesen ist eines der wirksamsten Steuerungsinstrumente, das Städten und Kommunen bereits heute zur Verfügung steht – sein gezielter Einsatz zugunsten kooperativer Akteure erfordert keine neuen Gesetze, sondern politischen Willen und administrative Konsequenz.

4. Zugang zu Räumlichkeiten und geteiltes Eigentum

Den Zugang zu geeigneten Flächen und Liegenschaften als zentrale Voraussetzung für den Aufbau kooperativer Infrastruktur zu behandeln ist überfällig, denn prekäre Bedingungen schaffen keine robuste Infrastruktur. Es empfiehlt sich, Zwischennutzungskonzepte systematisch auszubauen, missionsorientierte Mietverträge und kooperative Nutzungsmodelle zu entwickeln und nachvollziehbare Pfade zur Dauernutzung dort zu schaffen, wo der öffentliche Nutzen nachgewiesen werden kann. Commons-Public-Partnerships und Civic-Public-Partnerships entstehen in Deutschland zwar bereits vereinzelt – etwa am Haus der

Statistik in Berlin oder der B-Side in Münster –, sind aber das Ergebnis mühevoller Einzelverhandlungen ohne übertragbare Struktur. Ein standardisierter Instrumentenkasten, der Erbbaupachtverträge, kommunale Vorkaufsrechte und Zwischennutzungen als Teil einer entwicklungspolitischen Gesamtstrategie zusammenführt, würde diesen Prozess erheblich beschleunigen. Frankreich bietet mit dem *bail réel solidaire d'activité* (BRSA, solidarischer dinglicher Gebäude-Nutzungsvertrag) und dem *organisme de foncier solidaire* (gemeinschaftlicher Bodenträger) zwei rechtlich standardisierte Instrumente, die gemeinwohlorientierte Nutzungen durch die Trennung von Boden und Nutzungsrecht langfristig und bezahlbar im Bestand verankern – und damit genau die Kontinuität schaffen, die kooperative Infrastrukturen für ihre Funktion als Ankerpunkte lokaler Resilienz benötigen. Ein Handlungsleitfaden des Umweltbundesamts identifiziert kommunale Anmietungsfonds – bei denen Städte leerstehende Gewerbeflächen anmieten und zu vergünstigten Konditionen weitervermitteln – als wirksames Instrument: Zwei Drittel der Kommunen, die dieses Instrument einsetzen, bewerten seine Wirkung als positiv (Stelzer 2026).

5. Intermediäre und Brückeninstitutionen aufbauen

Öffentliche und unabhängige Vermittlungsorganisationen zu stärken, die Kommunen, Wohnungsunternehmen, Fördereinrichtungen, Zivilgesellschaft und kooperative Akteure verlässlich vernetzen, beim Monitoring unterstützen und proaktiv geeignete Kooperationen anstoßen, ist eine wesentliche Voraussetzung für die Skalierung kooperativer Ansätze. Es empfiehlt sich die Schaffung von Experimentierflächen und standardisierten Evaluierungsmechanismen, um vielversprechende Ansätze effizient zu replizieren, anstatt auf individuelle Einzelanfragen zu reagieren. Entsprechende Strukturen sollten über verschiedene öffentliche Aufgabenbereiche hinweg standardisiert und durch themenbezogene Plattformen ergänzt werden, die über einzelne Verwaltungseinheiten hinausgehen. Frankreich zeigt mit den *Pôles Territoriaux de Coopération Économique* (PTCE, sinngemäß: lokale Knotenpunkte wirtschaftlicher Kooperation), wie solche Multistakeholder-Strukturen dauerhaft wirken können: Als territorial verankerte Cluster bringen sie solidarwirtschaftliche Akteure, öffentliche Einrichtungen, Forschungszentren und Ausbildungsstätten koordiniert zusammen, schaffen aus vereinzelt Initiativen ein koordiniertes, lokal eingebettetes System und ermöglichen so die dauerhafte Koproduktion zwischen öffentlicher Hand und kooperativer Ökonomie – auch über einzelne Projektlaufzeiten hinaus.

„Kooperatives Wirtschaften kann ungenutztes urbanes Potential erschließen - mit Intermediären und Kooperationen über Zwischennutzung hinaus.“

6. Social-Franchise-Logik als Skalierungsinstrument gezielt fördern

Eine der zentralen strukturellen Herausforderungen bei der Implementierung solidarökonomischer Infrastrukturen in der Fläche ist das Verhältnis von lokaler Verankerung und überregionaler Reichweite: Jede neue Struktur muss Bedarfe, Räume, Netzwerke und Vertrauen vor Ort aufbauen – und steht dabei vor denselben Gründungshürden, die bereits andernorts überwunden wurden. Die *Social-Franchise-Logik* bietet hier einen strukturell überzeugenden Ausweg: Bewährte Modelle solidarökonomischer Grundversorgung – etwa in der Kreislaufwirtschaft, der Nahversorgung oder der sozialen Infrastruktur – können über standardisierte Organisationsmodelle, geteilte Marken, gemeinsame Qualitätsstandards und gegenseitige Wissenstransfers in neue Territorien übertragen werden, ohne dabei ihre gemeinwohlorientierte Governance aufzugeben. Anders als im kommerziellen Franchising verbleibt die Entscheidungshoheit bei den lokalen Einheiten; die Föderation oder die Dachgenossenschaft übernimmt koordinierende, nicht kontrollierende Funktionen. Öffentliche Förderung sollte diesen Mechanismus explizit adressieren: durch die Finanzierung von Netzwerkinfrastrukturen und Wissenstransfer auf Bundesebene, durch die Anerkennung von Social-Franchise-Netzwerken als förderberechtigte Einheiten in Investitionsprogrammen, sowie durch die Entwicklung von Vergabekriterien, die den Aufbau und die Ausdehnung solcher Netzwerke begünstigen. Die starke territoriale Verankerung solidarökonomischer Strukturen schafft dabei einen wirtschaftlichen Kreislauf, der nicht-delokalisierte Arbeitsplätze erzeugt und soziale Bindungen in einem zunehmend entpersönlichten wirtschaftlichen Gefüge wiederherstellt – ein Argument, das gerade in strukturschwachen Regionen und Stadtteilen für die gezielte Förderung von Skalierungslogiken spricht, die Ortsgebundenheit als Stärke, nicht als Schwäche begreifen (vgl. Le Labo de l'ESS o. D.).

7. Staatlich verankerten Experimentierrahmen schaffen

Der rechtliche Rahmen selbst kann zur Brückeninstitution werden – wenn er Erprobung, wissenschaftliche Begleitung und skalierbare Verstärkung neuer Kooperationsformen als Standard administrativen Handelns verankert, anstatt sie als Ausnahme zu behandeln. Deutschland hat mit dem Reallabore-Gesetz (ReallaboreG), das das Bundeskabinett im

November 2024 beschlossen hat, einen ersten Schritt in diese Richtung unternommen: Es zielt auf eine einheitlichere und innovationsfreundlichere Genehmigungspraxis, verbesserten Wissenstransfer an gesetzgebende Organe und die Schaffung eines Reallabore-Innovationsportals (BMWK 2024). Der Entwurf greift jedoch zu kurz und erfüllt nicht die Erwartungen, die noch in der breiten Stakeholder-Befragung von 2023 formuliert worden waren (BDI 2024). Vor allem bleibt das Gesetz stark auf technologische und wirtschaftliche Innovationen ausgerichtet und adressiert kaum die sozial-ökologischen Kooperationsformen und Multistakeholder-Arrangements, die es braucht. Zudem richten sich seine Regelungen überwiegend an Landesbehörden, was die Gefahr eines Flickenteppichs uneinheitlicher Genehmigungspraxis birgt.

Das französische Experimentiergesetz (*loi d'expérimentation*) zeigt demgegenüber, wie ein solcher Rahmen breiter und wirkungsvoller gestaltet werden kann: Anders als die zeitlich strikt begrenzte Logik der deutschen Reallabore erlaubt es die selektive Verstetigung erprobter Ansätze in einzelnen Territorien – Experimentieren wird so nicht zur einmaligen Ausnahme, sondern zur dauerhaften Option des Verwaltungshandelns. Statt lediglich Genehmigungsprozesse zu vereinfachen, schafft es einen verbindlichen Rahmen für wissenschaftliche Begleitung, Evaluation und parlamentarische Entscheidung über Skalierung. Es empfiehlt sich daher, das deutsche Reallabore-Gesetz um explizite Experimentierklauseln für sozial-ökologische Kooperationsvorhaben zu erweitern und die territorial differenzierte Verstetigung erfolgreicher Erprobungen als Regeloption zu verankern – damit regulatorisches Lernen nicht bei einzelnen Projekten endet, sondern strukturell in Verwaltungshandeln übergeht.

„Das französische Experimentiergesetz schafft einen Rahmen für Verstetigung und Entscheidung über Skalierung.“

8. Professionelle Zwischennutzungsinfrastruktur aufbauen

Professionelle Zwischennutzungsagenturen als intermediäre Akteure einer zeitgemäßen, bedarfsorientierten Stadtentwicklung zu fördern und institutionell zu verankern, empfiehlt sich als eigenständiges Instrument – gerade dort, wo sich städtische Nutzungsbedarfe schneller wandeln als Planungs- und Genehmigungszyklen es erlauben. Wie die französischen Beispiele *Plateau Urbain* und *Yeswecamp!* zeigen, können solche Akteure städtischen Leerstand systematisch erschließen und für solidarökonomische und gemeinwohlorientierte Nutzungen verfügbar machen. Mit den Genossenschaftlichen Immobilienagenturen (GIMA) und dem bundesweiten „Leerstandsmelder“ existieren in Deutschland bereits Ansätze, deren Hebung in eine infrastrukturbildende Kooperation mit öffentlichen Partnern möglich scheint. Entscheidend ist dabei, Zwischennutzungen nicht als zeitlich begrenzte Ausnahme zu behandeln, sondern als Erprobungsphase, aus der heraus tragfähige Konzepte in dauerhafte gemeinwohlorientierte Nutzungen überführt werden – etwa durch Übergang in genossenschaftliches Eigentum, Erbbaurecht oder kommunale Liegenschaftsmodelle – und die damit einen wesentlichen Beitrag zur lokalen Resilienz leisten.

„Dem Nutzen gemeinschaftstragender Wirtschaftsformen muss durch entsprechende Anreize Ausdruck verliehen werden.“

9. Landeseigene Wohnungsbauunternehmen-Reallaborstiftung einrichten

Landeseigene Wohnungsbauunternehmen (LWU) verfügen gemeinsam über erhebliche Bestände, Praxiserfahrung und institutionelle Reichweite – Ressourcen, die bislang selten koordiniert für soziale und ökologische Innovation genutzt werden. Nach dem Vorbild der Pariser *Fondation des Solidarités Urbaines* (FSU, Stiftung städtischer Solidaritäten), einer von den städtischen Sozialwohnungsunternehmen (*baillieurs sociaux*) gemeinsam getragenen Stiftung, die Mittel und Erfahrungen bündelt, um wissenschaftlich begleitete Experimentierprojekte in ihren Beständen zu erproben und bei Bewährung zu skalieren, empfiehlt sich die Gründung einer gemeinsamen LWU-Reallaborstiftung auf Landes- oder Regionalebene. Diese sollte thematische Förderaufrufe auf Basis von Problemlagen aufschreiben, die die beteiligten Unternehmen in ihrer Alltagspraxis identifizieren, die Erprobung kooperativer Versorgungs- und Nachbarschaftsmodelle in den Quartieren finanzieren und die Ergebnisse systematisch dokumentieren und transferieren. Anders als temporäre Projektförderungen schafft eine solche Stiftung eine dauerhafte institutionelle Infrastruktur,

die zivilgesellschaftliche und kooperative Akteure verlässlich einbindet und die Koproduktion zwischen Wohnungswirtschaft, Kommunen und Bewohner:innen strukturell verankert.

10. Steuerliche Anreize und öffentliche Finanzierungsinstrumente

Ein möglicher, bislang in Deutschland kaum erprobter Ansatz wäre die Prüfung steuerlicher Anreize und die gezielte Öffnung öffentlicher Finanzierungsinstrumente für kooperative und solidarökonomische Akteure. Zu erwägen wäre zunächst, ob ein vergünstigter Gewerbesteuer-Hebesatz für SSE-Akteure – analog zu bestehenden kommunalen Instrumenten der Wirtschaftsförderung für strukturschwache Branchen oder Zukunftscluster – mit der gezielten Förderung transformativer Infrastrukturen in der Kreislaufwirtschaft, Nahversorgung und sozialen Grundversorgung verknüpft werden könnte. Ergänzend wäre zu untersuchen, inwiefern die Förderprogramme öffentlicher Investitionsbanken – insbesondere der KfW sowie der Investitionsbanken der Länder, etwa der IBB in Berlin oder der ILB in Brandenburg – systematisch für kooperative Trägerstrukturen geöffnet und um spezifische Produktlinien für gemeinwohlorientierte Betriebskostenfinanzierung erweitert werden könnten. Frankreich könnte hier als Orientierung dienen: Die gezielte Einbindung der *Banque publique d'investissement* (öffentliche Investitionsbank, Bpifrance) und der *Banque des Territoires* (Gebietsbank) in die SSE-Förderung zeigt, dass öffentliche Finanzinstitutionen nicht nur Investitionskosten abdecken, sondern auch als strukturierende Partner langfristiger solidarökonomischer Entwicklung auftreten können. Ob und wie ein vergleichbarer Ansatz im deutschen Finanz- und Steuerrecht umsetzbar wäre, bedarf einer eigenen, fachkundigen Prüfung – die Frage erscheint jedoch hinreichend relevant, um sie auf die politische Agenda zu setzen.

8 Schlusswort

Vieles von dem, was diese Empfehlungen skizzieren, existiert bereits – als gelebte Praxis in Nachbarschaften, als mutige Einzelinitiative, als lokales Experiment, das funktioniert und Vertrauen aufgebaut hat. Die Stärke der Sozialen und Solidarischen Ökonomie liegt nicht zuletzt darin, dass sie genau dort wirkt, wo abstrakte Transformationsversprechen scheitern: im Konkreten, im Quartier, mit echten Menschen und echten Bedarfen. Was fehlt, ist nicht die Umsetzungskraft – die ist vielfach bewiesen. Was fehlt, ist die systematische Überführung dessen, was als Experiment erfolgreich war, in dauerhafte, übertragbare und flächendeckende Strukturen.

Eine robuste Stadt, die den kommenden Krisen etwas entgegensetzen kann – klimatisch, sozial, wirtschaftlich –, wird diese Strukturen brauchen: nicht als Notbehelf, sondern als Rückgrat einer Daseinsvorsorge, die Versorgungssicherheit mit demokratischer Mitgestaltung verbindet. Denn kooperatives Wirtschaften ist nicht nur eine Antwort auf ökologische und soziale Herausforderungen – es ist auch ein demokratiestabilisierendes Instrument. Wo Menschen gemeinsam entscheiden, wirtschaften und Verantwortung tragen, entstehen Bindungen und Handlungsfähigkeit, die autoritären Vereinfachungen weniger Raum lassen. Diese Dimension sollte in Zeiten, in denen demokratische Kulturen unter Druck geraten, nicht unterschätzt werden.

Die Standardisierung und Systematisierung positiv erfahrener Experimente – ihre Überführung vom Einzelfall in die Fläche, vom Pilotprojekt in die Verwaltungsroutine – ist deshalb keine technische Aufgabe. Sie ist eine politische Entscheidung: für Resilienz, für Teilhabe und für eine Wirtschaftsweise, die den Menschen und den Ort in den Mittelpunkt stellt.

InterviewpartnerInnen

Wir bedanken uns bei folgenden Interviewpartner:innen:

TABELLE 1 INTERVIEWPARTNER:INNEN UND JEWEILIGE INSTITUTIONEN

Name	Organisation
Nicole Alix	Coop de Communs
Pierre Yvain Arnaud	Mairie [Rathaus] 18eme arrondissement, Paris
Laurence Baudalet	Graine de Jardin Paris / Berlin
Heike Birkhölzer	Verbund Kooperatives Wirtschaften (VKW), Social Economy Berlin (SEB), Technologie-Netzwerk Berlin
Marie Castagné	Réseau National des Ressourceries (RNRR)
Paul Citron	Plateau Urbain, Surface + Utile
Yuna Conan	La Cité Maraichère
Simon Dreano	Activ 18
Anna von Grunewaldt	CSX-Netzwerk e.V.
Ela Kagel	Platform Cooperatives Germany eG
Christian Lautermann	Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW)
Samuel Lecoeur	Amelior
Florentin Letissier	Stilv. Bürgermeister Paris' für die Soziale und Solidarische Ökonomie und Kreislaufwirtschaft
Agnes El Majeri	Fondation Solidarités Urbaines (FSU)
Cédric Mazière	La Venelle
Pierre Prochasson	La Bricole, Activ 18 (TZCLD)
Lorana Vincent	Vers un Réseau d'Achat en Commun (VRAC)

Literatur

Agence de la Transition Écologique [ADEME] (2025, April). Une carte vitale pour mieux manger. Bientôt une réalité? Ebenda. <https://infos.ademe.fr/2025/une-carte-vitale-pour-mieux-manger-bientot-une-realite/>

Angeloudis, E. (2025, 17. November). Berliner Immobilienmarkt. Die große Büroleere. rbb24. <https://www.rbb24.de/wirtschaft/beitrag/2025/11/berlin-grosse-bueroleere-leerstand-bueroflaechen-homeoffice.html>

Baaklini, N. & Millard, E. (2025, 23. Oktober). The Social and Solidarity Economy: a Solution to Democratic, Social and Environmental Challenges? Ministère de l'Économie, des Finances et de la Souveraineté industrielle et numérique [MEFS]. Direction générale du Trésor. <https://www.tresor.economie.gouv.fr/Articles/2025/10/23/the-social-and-solidarity-economy-a-solution-to-democratic-social-and-environmental-challenges>

Barton, A. (1970). Communities in Disaster. Anchor.

Battistoni, A. (2020). Sustaining Life on This Planet. In I. Ferreras et al. (Hrsg.), Democratize Work. The Case for Reorganizing the Economy (S. 103-110). University of Chicago Press.

Blome-Drees, J. et al. (2024): Kooperatives Wirtschaften in der Zivilgesellschaft. Campus.

Böttcher, F. et al. (2025). Globale Erwärmung beschleunigt sich. Ein Aufruf zu entschlossenem Handeln. Gemeinsamer Aufruf der DMG und der DPG. Deutsche Physikalische Gesellschaft, Bad Honnef.

Brunnemann, E. (2023, 30. April). Collettivo di Fabbrica ex-GKN, Florenz. Was hat das mit uns zu tun? Verkehrswendestadt Wolfsburg. <https://blog.verkehrswendestadt.de/collettivo-di-fabbrica-ex-gkn-florenz-was-hat-das-mit-uns-zu-tun/>

Bundesministerium für Bildung und Forschung [BMBF] & Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz [BMWK] (2023). Nationale Strategie für Soziale Innovationen und Gemeinwohlorientierte Unternehmen. <https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/nationale-strategie-soziale-innovationen-gemeinwohlorientierte-unternehmen>

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz [BMWK] (2024, 13. November). Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Erprobung von Innovationen in Reallaboren und zur Förderung des regulatorischen Lernens (ReallaboreG). Gesetzesentwurf der Bundesregierung. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie [BMWE]. <https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Artikel/Service/Gesetzesvorhaben/20241015-referententwurf-reallaboreg-luv.html>

Bundesverband der Deutschen Industrie [BDI] (2024, 12. November). Stellungnahme Gesetzesentwurf zu Reallabor-Gesetz. Ebenda. <https://bdi.eu/de/publications/stellungnahme-zum-referententwurf-des-bundesministeriums-fuer-wirtschaft-und-klimaschutz-bmwk>

Bundesverband Wohnen und Stadtentwicklung [vhw] (2026). Forum Wohnen und Stadtentwicklung 2026(2). <https://www.vhw.de/publikationen/forum-wohnen-und-stadtentwicklung/aktuelle-ausgabe/>

Busemeyer, M. (2025). Das Ungleichheitsbarometer. Universität Konstanz. <https://www.exc.uni-konstanz.de/ungleichheit/themen/das-ungleichheitsbarometer/>

Club of Rome (2022). Earth for All. Oekom.

Colombo, L., Bailey, A. & Gomes, M. (2023): Scaling in a Post-Growth Era. Organization, 31(6), <https://doi.org/10.1177/13505084221147480>

Crépin-Leblond, É. (2025, 3. Oktober). Sécurité sociale de l'alimentation. Quels premiers retours pour l'expérimentation de Montpellier? Carenews. <https://www.carenews.com/ca-renews-info/news/securite-sociale-de-l-alimentation-quels-premiers-retours-pour-l-experimentation>

Degens, P. & Lapschieß, L. (2021). Zivilgesellschaftliches Wirtschaften. Ein konzeptioneller Vorschlag. Springer.

Diard, C. & Meier, O. (2025, 28. Dezember). Duralex : et si les citoyens savaient nos usines? The Conversation. <https://theconversation.com/duralex-et-si-les-citoyens-savaient-nos-usines-270379>

Dow, G. (2024). The Formation and Performance of Labor-managed Firms. In (Hrsg.), The Routledge Handbook of Cooperative Economics and Management (S. 34-45). Routledge.

dpa (2026, 04. Januar). Stromausfall in Berlin. Sorge trifft auf Hilfsbereitschaft. Die Zeit. <https://www.zeit.de/news/2026-01/04/stromausfall-in-berlin-sorge-trifft-auf-hilfsbereitschaft>

Durand, C. & Keucheyan, R. (2024). Comment bifurquer. Les principes de la planification écologique. La Découverte.

Est Ensemble (2025, 03. September). Montreuil inaugure le village du réemploi solidaire. Un nouveau lieu de vie circulaire et engagé aux portes de Paris. <https://www.est-ensemble.fr/montreuil-inaugure-le-village-du-reemploi-solidaire-un-nouveau-lieu-de-vie-circulaire-et-engage-aux>

European Research Institute on Cooperative and Social Enterprises [EURICSE] & International Cooperative Alliance [ICA] (2025). World Cooperative Monitor 2025. <https://monitor.coop/en>

Farías, I., Marlow, F. & Wall, R. (2024). Zaudern ums Gemeinwohl. Produktive Missverständnisse in der kooperativen Stadtentwicklung. Adocs.

Foundational Economy Collective (2019). Die Ökonomie des Alltagslebens. Für eine neue Infrastrukturpolitik. Suhrkamp.

Fraser, N. (2023). Cannibal Capitalism. Suhrkamp.

Gaborit, M. et al. (2024). Marcher contre l'inaction climatique. Les résultats d'une ethnographie quantitative des manifestations pour le climat. Politix, 2024/1(145), 135/162. <https://doi.org/10.3917/pox.145.0135>

GemeinwohlÖkonomie Deutschland [GWÖ] (o. D.). Gemeinwohl-Matrix. Ebenda. <https://germany.econgood.org/tools/gemeinwohl-matrix/>

Götz, P. (2021, 24. Februar). Genossenschaften. Ein Modell für lebenswerte und leistungsfähige ländliche Räume. Konrad-Adenauer-Stiftung. <https://www.kas.de/de/web/die-politische-meinung/blog/detail/-/content/genossenschaften-ein-modell-fuer-lebenswerte-und-leistungsfahige-laendliche-raeume>

Guillaume, P. (2026, 20. März). Ressources. 350 structures, emplois non délocalisables. Recy.net. <https://www.recy.net/ressourceries-municipales-reemploi-emploi-local-france/>

Henke, C. (2025). Workers' Buyout for Company Succession. Alternative Organizational Models and Their Positive Effects. In Damberg, S., Lucius, Z. & Blenski, B. (Hrsg.), *Holistic Innovation*. Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-031-77979-4_12

Hochmann, L. & Gottschlich, D. (o. D.). Abpflastern. Ebenda. <https://www.abpflastern.de/>

Huber, J. (2022, 05. Dezember). „Nicht mehr der lustige Doktor mit der roten Nase“. Warum Eckart von Hirschhausen die Bühne verlässt. *Tagesspiegel*. <https://www.tagesspiegel.de/wissen/nicht-mehr-der-lustige-doktor-mit-der-roten-nase-warum-eckhart-von-hirschhausen-die-buhne-verlasst-8974615.html>

International Cooperative Alliance [ICA] (2017). The Guidance Notes to the Cooperative Principles. <https://ica.coop/sites/default/files/2021-11/ICA%20Guidance%20Notes%20EN.pdf>

International Labour Organization [ILO] (2022). Entschließung über menschenwürdige Arbeit und die Sozial- und Solidarwirtschaft. ILC.110/Entschließung II. <https://www.ilo.org/de/media/243711/download>

Jerchel, P., & Pape, J. (2022). Commons-Public Partnerships. New avenues of cooperation for social-ecological transformations. <https://doi.org/10.48481/iass.2022.051>

Jerchel, P. (2024). Commons-Public Partnerships als Booster für die Transformation? *Makronom/Exploring Economics*. <https://www.exploring-economics.org/de/entdecken/commons-public-partnerships-als-booster-fuer-die-transformation/>

Kasper, M. & Euteneuer, P. (2025, 11. Juli). Wirtschaftsdemokratie 'von unten' (I). *Blog Postwachstum*. <https://www.postwachstum.de/wirtschaftsdemokratie-von-unten-i-20250711>

Keil, Sarah (2026). Case Study: Commown. In Meißner, A. et al. (Hrsg.), *Doughnut Economics for Regenerative Business Design* (S. 77-89). Transcript.

Kenel, P. et al. (2026). Soziale Unternehmen in Berlin. Bestandsaufnahme, Bedarfs- und Potenzialanalyse. <https://www.berlin.de/sen/wirtschaft/vielfalt-in-der-wirtschaft/soziale-oekonomie/>

Kiess, J. et al. (2023). Arbeitswelt und Demokratie in Ostdeutschland. Erlebte Handlungsfähigkeit im Betrieb und (anti)demokratische Einstellungen. *Otto-Brenner-Stiftung*.

Lautermann, C. & Marken, G. (2026). Die Alternativwirtschaft im Land Bremen. Empirische Vermessung der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Relevanz. <https://www.ioew.de/publikation/die-alternativwirtschaft-im-land-bremen>

Legifrance (2014). LOI n° 2014-856 du 31 juillet 2014 relative à l'économie sociale et solidaire (1). <https://www.legifrance.gouv.fr/loda/id/JORFTEXT000029313296>

Liebig, S. & Lucht, K. (2022). Fahren wir zusammen? Die öko-soziale Allianz von ver.di und Fridays for Future im ÖPNV. *VSA*.

Le Labo de l'ESS (o. D.). *Economie sociale et solidaire (ESS)*. Ebenda. <https://www.llelabo-ess.org/economie-sociale-et-solidaire-ess>

Levermann, A. (2023). *Die Faltung der Welt*. Ullstein.

Maikämper, M. & Klemme, M. (2025). Innenstädte im Umbruch. Erkenntnisse aus dem BBSR-Forschungscluster. <https://doi.org/10.58007/z4t4-f304>

Mairie14 (2025, 17. April). Caisse alimentaire solidaire. Une expérimentation dans le 14e. Ebenda. <https://mairie14.paris.fr/pages/securite-sociale-de-l-alimentation-une-experimentation-bientot-dans-le-14e-28485>

Mairie19 (2025, 10. Oktober). Budget Participatif 2025. Les résultats. Ebenda. <https://mairie19.paris.fr/pages/budget-participatif-2025-les-resultats-32698>

Maisonave, C. (2024, 5. November). La deuxième évaluation de l'expérimentation "Territoires zéro chômeur de longue durée". Ministère du Travail et des Solidarités. <https://dares.travail-emploi.gouv.fr/actualite/la-deuxieme-evaluation-de-l-exp experimentation-territoires-zero-chomeur-de-longue-duree>

Mazzucato, M. (2021). Mission Economy. Allen Lane.

Mazzucato, M. et al. (2026, 02. März). Wie staatliche Handlungsfähigkeit neu gedacht werden kann. Makronom. <https://makronom.de/wie-staatliche-handlungsfahigkeit-neu-gedacht-werden-kann-50876>

Mieulet, C. (2024, 29. März). Welche Mächte sind es, die das Stadtquartier verändern? <https://klimareporter.de/verkehr/welche-maechte-sind-es-die-das-stadtquartier-veraendern>

Mieulet, C. (2026). Kooperatives Wirtschaften als unterschätzter Hebel für gerechte Transformation. <https://www.rifs-potsdam.de/de/blog/2026/01/kooperatives-wirtschaften-als-unterschaetzter-hebel-fuer-gerechte-transformation>

Ministères Transition Écologique Aménagement du Territoire Transports Ville et Logement [MTE] (2023, 19. Juli). Planification écologique. Un plan d'action pour accélérer la transition écologique. Ebenda. <https://www.ecologie.gouv.fr/actualites/planification-ecologique-plan-daction-accelerer-transition-ecologique>

Moore, M.-L. et al. (2015): Scaling Out, Scaling Up, Scaling Deep. Strategies of Non-profits in Advancing Systemic Social Innovation. The Journal of Corporate Citizenship, (58), 67/84, <https://doi.org/10.9774/GLEAF.4700.2015.ju.00009>

Müller, T. (2024). Zwischen friedlicher Sabotage und Kollaps. Mandelbaum.

Nembhard, J. (2014). Collective Courage. A History of African American Cooperative Economic Thought and Practice. Penn State University Press.

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung [OECD] (2024). Insights from Social and Solidarity Economy Data. An International Perspective. https://www.oecd.org/content/dam/oecd/en/publications/reports/2024/06/insights-from-social-and-solidarity-economy-data_888cf72a/71d212f3-en.pdf

Ostrom, E. & Helfrich, S. (2011). Was mehr wird, wenn wir teilen. Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter. Oekom.

Petermann, A. (2021, 15. Oktober). Freiwillige im Ahrtal. Urlaub nehmen, um Flutschäden zu beseitigen. Deutschlandfunk. <https://www.deutschlandfunkkultur.de/freiwillige-im-ahr-tal-urlaub-nehmen-um-flutschaden-zu-100.html>

Pilato, R. (2025, 26. Juni). Envie. Les Associations du Réemploi Solidaire en Charente. René Pilato. Député de Charente. <https://renepilato.fr/2025/06/26/envie-les-associations-du-reemploi-solidaire-en-charente/>

Pye, O. (2017). Für einen labour turn in der Umweltbewegung: Umkämpfte Naturverhältnisse und Strategien sozial-ökologischer Transformation. Prokla, 47(189), 517/534. <https://doi.org/10.32387/prokla.v47i189.54>

Raworth, K. (2012). A Safe and Just Space for Humanity. Can We Live within the Doughnut? https://www-cdn.oxfam.org/s3fs-public/file_attachments/dp-a-safe-and-just-space-for-humanity-130212-en_5.pdf

Remes, J. (2016): Disaster Citizenship. Survivors, Solidarity, and Power in the Progressive Era. University of Illinois Press.

Réseau des collectivités Territoriales pour une Économie Sociale et Solidaire [RTES] (2025, 23. September). Ouverture de La Venelle, village du réemploi solidaire de Montreuil. <https://www.rtes.fr/ouverture-de-la-venelle-village-du-reemploi-solidaire-de-montreuil>

Réseau Envie (o. D.). <https://www.envie.org/>

Réseau National des Resourceries et Recycleries [RNRR] (o. D.). <https://ressource-rie.fr/>

Schmelzer, M. (2026, 17. März). Warum eine antifaschistische Transformationspolitik nötig ist. Analyse & Kritik. <https://www.akweb.de/bewegung/warum-eine-antifaschistische-transformation-politik-noetig-ist-wachstum-wirtschaft-faschismus/>

Schmid, B., Schulz, C. & Weck, S. (2020): Postwachstum und Raumentwicklung. Keimzellen für die Transformation. Politische Ökologie 38, S. 19–26.

Scholz, R. (2023). Unternehmensmitbestimmung und die sozialökologische Transformation. https://www.boeckler.de/data/impuls_2023_19_S1.pdf

Solnit, R. (2009). A Paradise Built in Hell. The Extraordinary Communities That Arise in Disaster. Viking Press.

Stelzer, F. et al. (2026). Stadtzentren als Orte nachhaltigen Konsums gestalten (SONa). https://www.umweltbundesamt.de/system/files/medien/11850/publikationen/2026-04/47_2026_TEXTE.pdf

SuperCoop (o. D.). <https://supercoop.de/>

Toubin-Perre, J. (2025, 21. Februar). Montpellier. Comment la sécurité sociale de l'alimentation „change des vies“? Natura Sciences. <https://www.natura-sciences.com/decider/securite-sociale-de-lalimentation-montpellier-chane-vies.html>

Vale, L. & Campanella, T. (2005). The Resilient City. How Modern Cities Recover from Disaster. Oxford University Press.

van Dyk, S. (2024). Das Kollektive im Privaten. In van Dyk, S., Reitz, T. & Rosa, H. (Hrsg.), Nach dem Privateigentum? Güter, Infrastrukturen und Weltverhältnisse im Kapitalismus des 21. Jahrhunderts (S. 131-226). Campus.

van Dyk, S., Gerstenhöfer, L. & Kip, M. (2025). Sozial- und Solidarwirtschaft im neuen Munizipalismus. Berliner Journal für Soziologie, 34(2024), 515/549. <https://doi.org/10.1007/s11609-024-00541-4>

Vers un Réseau d'Achat en Commun [VRAC] France (2024). Rapport d'Activité 2024. <https://vrac-asso.org/wp-content/uploads/2025/06/Rapport-activite-2024-VRAC-France.pdf>

Viennot, M. (2025). La Planification Écologique. La Découverte.

Ville de Paris (2026, 30. April). Tout savoir sur l'arbre à Paris. Ebenda. <https://www.paris.fr/pages/l-arbre-a-paris-199>

Vollmer, L. et al. (2023). Ko-Produktion. Ein Handlungsleitfaden für die Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und öffentlichen Verwaltungen. <https://doi.org/10.25643/bauhaus-universitaet.4954>

von Redecker, E. (2023). Bleibefreiheit. Fischer.

von Redecker, E. (2026). Dieser Drang nach Härte. Über den neuen Faschismus. Fischer.

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen [WBGU] (2016). Der Umzug der Menschheit. Die transformative Kraft der Städte. <https://www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/der-umzug-der-menschheit-die-transformative-kraft-der-staedte>

Zentraler Immobilienausschuss [ZIA] (2025). Zahlen, Daten, Fakten: Büroimmobilien Ebenda. <https://zia-deutschland.de/project/zahlen-daten-fakten-buroimmobilien/>

AutorInnen

Cléo Mieulet

Cléo Mieulet war 2025/2026 Senior Fellow am Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit (RIFS) Potsdam und ist Resilienzagentin der Designagentur NEW STANDARD.S. Sie ist Mitgründerin des Social Franchise KREISLER in Berlin-Neukölln, das einen Verbund von Nachbarschaftsläden mit Leih- und Reparaturinfrastruktur schafft. Sie wirkt mit im Verbund Kooperatives Wirtschaften Deutschland und RIPESS.

Paul Jerchel

Paul Jerchel ist Vorstandsmitglied des Instituts für Unternehmensdemokratie, das genossenschaftliche Nachfolgen durch Belegschaften begleitet. Im Rahmen der Schriftenreihe RIFS Discussion Papers erschien von ihm zuletzt "Commons-Public Partnerships. Neue Kooperationsformen für die sozialökologische Transformation" (mit Judith Pape, 2022).

Beide sind Mitglied des CSX-Netzwerks e.V. für Gemeinschaftsgetragenes Wirtschaften.

Am Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit (RIFS) werden Entwicklungspfade für die globale Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft erforscht, aufgezeigt und unterstützt. Das Institut ist an das GFZ Helmholtz-Zentrum für Geoforschung angebunden und damit Teil der Helmholtz-Gemeinschaft. Der Forschungsansatz ist transdisziplinär, transformativ und ko-kreativ: Das RIFS kooperiert mit Partnern aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft um die Probleme nachhaltiger Entwicklung zu verstehen, geeignete Lösungen zu finden und diese gemeinsam mit den relevanten Akteuren und betroffenen Bürgerinnen und Bürgern umzusetzen. Zentrale Forschungsthemen sind unter anderem die Energiewende, Klimawandel und soziotechnischer Wandel, aber auch Fragen der nachhaltigen Governance und Partizipation. Ein starkes nationales und internationales Netzwerk verbunden mit einem Fellow-Programm unterstützen das Institut.

RIFS Discussion Paper

Mai 2026

Kontakt:

Cléo Mieulet: cleo@newstandard.studio
Paul Jerchel: paul.jerchel@ifu-institut.org

Adresse:

Berliner Straße 130
14467 Potsdam
T: +49 (0) 331-28822-340
F: +49 (0) 331-28822-310
media@rifs-potsdam.de
www.rifs-potsdam.de

ViSdP:

Prof. Dr. Doris Fuchs,
Wissenschaftliche Direktorin, Sprecherin

Redaktion:

Matthias Tang

DOI: 10.48481/rifs.2026.013

